

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbeleg 2,97 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren. Auslandabonnent 5,85 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefporto 4,85 M.

Bei Ausfall der Verteilung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsweise und Anzeigenpreise siehe am Schluss des redaktionellen Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
22. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 696. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. Dist.-Geb., Depostenk., Jerusalemstr. 65-66.

Ungeordneter Rückzug.

... haben wie unsere Truppen in einen günstigeren Kampfabschnitt zurückgenommen.

Oesterreichischer Siegesbericht von 1914.

Was sich am Mittwoch bei den Nazispreußen zugetragen hat, ist mit den Worten „ungeordneter Rückzug“ sehr milde bezeichnet. Die 162 trotzigsten Nazirecken im Preussischen Landtag haben sich der Papan-Bracht-Diktatur gegenüber aufgeführt wie ungezogene Schulfknaben gegen den Lehrer. Sie haben ihm die Zunge herausgestreckt, und als der Lehrer nach dem Stöckchen griff — beiseite noch nicht zuschlug. — da sind sie heulend auf die Knie gesunken: „Bitte, bitte, Herr Lehrer, ich will es auch gewiß nicht wieder tun.“

Schulter an Schulter mit „Rotmord“, unter Ausnutzung der kommunistisch-nationalsozialistischen Mehrheit des Landtags, hatten die Nazis den Mehrheitsbeschluss durchgesetzt, daß kein Beamter den Weisungen Brachts und seiner Beauftragten zu folgen habe. Eine trotzig-kriegserklärung, ein hingeschmetterter Fehdehandschuh. Doch es genügte die Mitteilung Brachts an Kerrl, daß er sich das nicht gefallen lassen würde, um sofortige Abbitte und Widerruf zu erzelen.

Diese blamable Niederlage vervollständigt den Eindruck, daß sich seit Wochen die Partei Hitlers auf dem Rückzug von einer Stellung in die andere befindet. Als sie sich von dem Herrenklub um die Siegesfrüchte geprellt sah, da hat sie wohl laut aufgeschrien, hat in neu entdeckter Aristokratenfeindschaft der „Regierung einer dünnen Oberkaste“ den Fehdehandschuh hingeworfen, und der „Angriff“ hat unzählige Male gegen die „Regierung der Barone“ gewettert, er, der zwei Monate zuvor wegen dieses Ausdrucks ein — Verbot des „Vorwärts“ verlangt hatte!

Aber in der Praxis ist aus diesem Kampf nichts weiter geworden als ein paar drohende Gesten mit anschließendem feigen Rückzug. Inmitten rasender Enttäuschung hatten die Nazis im aufgelösten Reichstag noch einmal Beifallssturm gemimt, als Herr Göring jenen französischen Kammerpräsidenten imitierte, der nach dem Bombenwurf eines Anarchisten mit stoischer Ruhe erklärte: „La séance continue.“ — Die Sitzung geht weiter. — Herr Göring hatte das Auflösungsdekret Pagens für ungültig erklärt und die nächste Sitzung des Reichstags auf den kommenden Tag anberaumt. Ha, welch ein Held! Aber es genügte die Mitteilung Pagens, daß die Regierung eine zweite Sitzung nicht zulassen würde, und — siehe da! — Herr Göring ließ sich a tempo „von den Verwaltungsjuristen belehren“, daß er im Unrecht sei.

Seit jenem 13. August, an dem Hitler stolz eine zweite Rolle ablehnte, sind die Nazihelden von Angreifern zu Bittstellern geworden. Sie, die stolz die Vernichtung aller anderen Parteien auf ihre Fahne geschrieben hatten, — sie wandten sich hilflos von einer Partei an die andere mit der Bitte, sie möchte doch der NSDAP. gegen Pagen an die Macht helfen. Zuerst kühndelten sie mit dem Zentrum. Eine Koalitionsregierung mit der „schwarzen Pest“ sollte das Mittel sein, Pagen und Bracht aus dem Sattel zu heben. Als das mißlang, schienen sogar die verruchten Marxisten den Nazis gut genug, um ihre Machtwünsche zu befriedigen. Die Sozialdemokratie sollte ihnen helfen, zusammen mit dem Zentrum die Zweidrittelmehrheit zu bilden, mit deren Hilfe Hindenburg abgesetzt werden sollte. Es war so schön gewesen. Aber die bösen Marxisten wollten nicht.

Seit Wochen heulen die Nazis der Öffentlichkeit vor, daß die Regierung Pagen-Schleicher sie um die Früchte ihrer Wahlsiege geprellt habe, daß man betrogen wird, kommt vor, nicht jeder Betrogene aber erweckt Mitleid, zumal, wenn er in seiner Wut gesteht, daß er dem angeblichen Betrüger den Aufstieg erst über seinen breiten Buckel ermöglicht habe! Aber das offene Hohngelächter fordert sich ein betrogener Betrüger heraus, wenn er sein Mißgeschick mit so wenig Würde zu tragen weiß, wie Hitler und seine Partei, wenn er aus Wut über den schlaueren Partner alle Gefinnungen, Schwüre, Verheißungen binnen 24 Stunden über Bord wirft!

Daß diese unentwegten Antiparlamentarier sich in so kurzer Zeit zu Schülern der Parlamentsrechte, zu Koalitionspolitikern, zu Schwärmern für eine regierungsfähige Mehrheit, zu Kuhhändlern und Kulissenschiebern, zu Geschäftsmachern auf den parlamentarischen Korridoren wandeln würden. — ja, wer hätte das vor drei Monaten vorausagen dürfen, ohne im „Boniteur des Herrn Goebbels als „Strolch“ und „Verleumder“ verdroschen zu werden!

Und nun zu allem noch die Feigheit, die in so wohltuendem Gegensatz steht zu den großmäuligen Mach-

Klätglicher Naziumfall vor Pagen.

Die Sozialdemokratie gegen Nazi-Kerrl und die Sondergerichte. Kampfredt Heilmanns gegen Nazis und Kommunisten.

Der Preussische Landtag trat am Mittwoch nach etwa dreiwöchiger Pause wieder zusammen.

Klätglicher Nazirückzug vor Pagen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Hinkler für die nationalsozialistische Fraktion folgende Erklärung ab:

Angesichts der Erklärungen der Presse des Herrenklubs und des Herrn Reichskanzlers von Pagen bezüglich der Auffassung der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion zu den Rechten und Pflichten der Beamten dem Reichskommissar in Preußen gegenüber erklärt die Fraktion folgendes: Die Fraktion hat am 30. August dem kommunistischen Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung der kommissarischen preussischen Regierung sämtlichen Ministerialbeamten im Gegensatz zu den Geplagten der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtags überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preussische Regierung — wohl unter dem Druck dieser Entschlebung — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermeiden. Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags erklärt dazu:

daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung — die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern.

(Bachen links.) Soweit sich die Reichskommissare von Pagen und

Dr. Bracht unter dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können (erneutes Lachen links), im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung handeln, sieht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Befehle in preussischer Pflichtenfüllung zu beachten. (Andauerndes Gelächter links.)

Drei sozialdemokratische Anträge.

Gegen Polizeiwilfür — gegen Kerrl — gegen Sondergerichte

Abg. Jürgensen (Soz.) beantragt, die Tagesordnung durch einige Anträge seiner Fraktion zu ergänzen.

In dem ersten Antrag heißt es, daß am Tage der Reichstagsauflösung Kriminalbeamte in den Reichstag eingedrungen seien und ohne Zustimmung des Präsidenten und trotz des Protestes des Reichstagsdirektors Durchsuchungen von Schränken von Abgeordneten vorgenommen hätten. Die hierfür verantwortlichen Beamten hätten sich zweifello eines Verstoßes gegen die Reichsverfassung schuldig gemacht. Verantwortlichkeit, Anlaß, Vorbereitung und Durchführung der Aktion sollen umgehend einer parlamentarischen Untersuchung unterzogen werden, die von dem bestehenden Polizeiuersuchungsausschuß vorgenommen werden soll.

Der zweite Antrag befaßt: Der preussische Landtagspräsident Kerrl hat am Montag, dem 19. September, dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen Besuch abgestattet. Er hat in Gegenwart des Reichskanzlers dem Reichspräsidenten über verschiedene politisch wichtige Dinge Vortrag gehalten und ist dabei als angeblicher Schützer

Erfolgreiche Lohnkämpfe.

Abwehr der Pagen-Berordnung.

Die Jagd der Unternehmer nach der 400-Mark-Prämie und nach der von der Reichsregierung zugelassenen Unterschreitung der Tariflöhne, zugleich aber auch der Abwehrkampf der Arbeiter gegen den notverordneten Lohnabbau ist in Berlin in vollem Gange. Am ärgsten scheinen die Berliner Metallindustriellen hinter der Arbeiterkopprämie her zu sein, denn anders kann man es nicht erklären, daß bis jetzt fast ausschließlich in Betrieben der Metallindustrie der Versuch gemacht worden ist, von der Berechtigung zum Abbau der Tariflöhne auf Grund von Neueinstellungen seit dem 15. August Gebrauch zu machen.

Gestern berichteten wir darüber, daß die Arbeiterschaft der Niles-Werke in Weihensee am Montag die Arbeit eingestellt hatte, weil von der Direktion durch Anschlag für zehn Wochenarbeitsstunden ein

Abbau der Tariflöhne um 50 Proz. verfügt

worden war. Zur Begründung für ihr Vorgehen hatte die Direktion geltend gemacht, sie habe seit dem 15. August über 40 Proz. neue Arbeiter eingestellt und sei demzufolge nach der Verordnung der Reichsregierung vom 5. September zu dem angekündigten Lohnabbau berechtigt.

Der entschlossene Widerstand der gesamten Belegschaft hat die Direktion der Niles-Werke veranlaßt, ihre Lohnabbauverfügung zu streichen. In einer Verhandlung mit dem Betriebsrat hat sich die Firmenleitung bereit erklärt,

auf den Lohnabbau zu verzichten.

Auf Grund dieses Zugeständnisses hat gestern, Mittwochvormittag,

die Belegschaft in einer Betriebsversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und diesen Beschluß noch gestern vormittag durchgeführt.

Einen ähnlichen Reinfall erlebte die Maschinenfabrik Stok in Mariensfeld. Diese Firma verlangte für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunden einen Abbau der Tariflöhne um 20 Proz., weil sie angeblich seit dem 15. August 15 Proz. neue Arbeiter eingestellt hat. Ein Anschlag der Betriebsleitung, der die Forderung der Firma diktorisch in die Tat umsetzen sollte, wurde von der Belegschaft

mit dem Eintritt in die passive Resistenz beantwortet.

Angesichts des Widerstandes der Belegschaft mußte sich die Betriebsleitung schließlich bereit erklären, ihr Lohnabbauverbot zurückzuziehen.

Bei der Firma Wolff, Ketter u. Jakoby in Adlershof ist der Versuch der Betriebsleitung, die Tariflöhne für zehn Wochenarbeitsstunden ab 19. September um 20 Proz. zu kürzen, ebenfalls mißlungen. Auch hier war von der Firma behauptet worden, sie habe seit dem 15. August 10 Proz. neue Arbeiter eingestellt. Trotz vorausgegangener längerer Kurzarbeit beschloß die Belegschaft den Kampf gegen diesen Lohnabbau und trat zunächst in passive Resistenz. Der Erfolg war die Zurücknahme des Anschlages, in dem die Firma den Lohnabbau angekündigt hatte.

Diese Beispiele solidarischen Zusammenstehens, die sich in den nächsten Tagen sicherlich vervielfachen werden, dürfen nicht nur den Unternehmern, sondern auch der Reichsregierung den Beweis liefern, daß für die Arbeiterschaft das Maß des Lohnabbaues überrollt ist.

progereien nach den Wahlen. Am Tage nach den letzten Reichstagswahlen brachte der „Angriff“ das Bild Hitlers mit der Unterschrift: „Der einzige, der fähig und berufen ist, die jetzige Lage zu meistern.“ Bitte, wen und was meistert er? Uns scheint, Hitler wird gemeistert, er wird sogar blamabel geschulmeister. Der Naziton gegen die Regierung ist bereits gestimmt auf die leibeigenen Bauern aus dem „Florian Geyer“: „Zuerst ist unsere demütige Bitt.“ Wenn Herr von Pagen dem Nazipräsidenten Kerrl auf die Schulter klopf, dann schlägt Kerrl die Hacken zusammen und sagt: „Ich bin's gar nicht gewesen, der deutsch-nationale Vizepräsident ist's gewesen. Aber trotzdem — ich nehme alles zurück.“

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat einen Sieg errungen, wie er beispiellos in der Parlamentsgeschichte Deutschlands dasteht.“

Das war der Tenor des „Angriff“ nach der Preußenwahl. Und wie nutzen die „beispiellosen Sieger“ ihren Sieg? Sie klammern sich an ihre Präsidenten-, Vizepräsidenten- und Abgeordnetenstühle und brechen bei der geringsten Drohung, sie davon herunterzukehren, in ein Jammergeheul aus. Vor ein paar Monaten forderten sie noch strikt die Auflösung des eben gewählten Landtags, um „die paar an der absoluten Mehrheit fehlenden Mandate noch dazu zu erobern“. Heute schlottern ihnen die Knie, wenn sie nur das Wort Auflösung hören. Sie stimmen gegen die Auflösung, die sie eben noch stürmisch gefordert haben, sie leisten Abbitte an Bracht und Pagen, um noch eine Schonzeit zu erhalten!

Schneller, wahrlich, hat sich die als Heldentum verkleidete Prahlhansigkeit und Großmäuligkeit noch niemals in der Weltgeschichte demastiert!

der Volksrechte aufgetreten. Wie aus der nationalsozialistischen Presse verlautet,

hat Landtagspräsident Kerck sich in dieser Besprechung zunächst mit der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen einverstanden erklärt und nur gegen den Umfang der Tätigkeit des Reichskommissars protestiert. Der Landtagspräsident hat dem Reichspräsidenten weiter seine Auffassung in der Frage der Regierungsbildung in Preußen vorgebracht. Er ist dabei auf seinen dem Reichsanwalt schon schriftlich unterbreiteten Vorschlag zurückgekommen, die Geschäftsordnungsbestimmungen des Landtags über die Wahl des Ministerpräsidenten durch Erlass einer Notverordnung des Reichspräsidenten wieder abzuändern, obwohl die Verfassungswidrigkeit dieses Vorschlages keinem Zweifel unterliegen kann.

Der Landtagspräsident hat weiter zur Reichsreform Stellung genommen und ohne einen Auftrag dafür vorgeschlagen, daß der vom Landtag zu wählende preussische Ministerpräsident zugleich auch zum Reichsanwalt ernannt wird. Wir erheben gegen das Vorgehen des Landtagspräsidenten Kerck allerhöchsten Protest. (Gelächter rechts.)

Wir beantragen folgenden Beschluß:

Der Landtagspräsident ist nicht berechtigt, im Namen des Landtags ohne Auftrag Verhandlungen zu führen. Der Landtagspräsident hatte vom Landtag keinen Auftrag, beim Reichspräsidenten die nachträgliche Billigung der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen auszusprechen, den Erlass einer Notverordnung zur Abänderung der Geschäftsordnung zu verlangen und bestimmte Vorschläge für die Reichsreform zu unterbreiten. Der Landtag mißbilligt das Verhalten des Landtagspräsidenten Kerck. (Gelächter rechts.)

Ein dritter Antrag erklärt, daß von den auf Grund der Reichsnotverordnung eingesetzten Sondergerichten ungeheuer hohe Strafen verhängt worden seien, bei denen die Gerichte selbst vielfach erkannt hätten, daß nicht ihr eigenes Rechtsempfinden, sondern nur die zwingende Vorschrift die Ursache für die Strafen gewesen sei.

Die Staatsregierung wird ersucht, alle von den Sondergerichten gefällten Urteile mit größter Beschleunigung nachzuprüfen und in allen geeigneten Fällen durch Begnadigung unverhältnismäßig schwere Strafen herabzusetzen.

Sie soll weiter unverzüglich auf die Reichsregierung im Sinne einer Milderung der Verordnung über Sondergerichte dahin einwirken, daß vor dem 10. August begangene Straftaten nicht mehr vor Sondergerichten verhandelt werden dürfen und daß bei den bereits erledigten Straffällen den Verurteilten das Recht gewährt wird, ein Rechtsmittel einzulegen.

Der Antrag über die Nachprüfung der Polizeiklassen im Reichstag wird ohne Aussprache dem Polizeiausschuss übergeben. Der Antrag über die Sondergerichte soll mit der Beratung der Amnestieanträge verbunden werden. Gegen die Beratung des Antrags gegen den Landtagspräsidenten Kerck wird von den Nationalsozialisten Widerspruch erhoben.

Abg. Kasper (Komm.), der dann das Wort erhält, beginnt seine Ausführungen mit den Worten: „Der Bracht-Kerck...“ Bei

Heilmann stäubt Kommunisten und Nazis.

Abg. Heilmann (Soz.):

Die diesjährige Etatberatung findet die preussische Volksoberleitung in einer tragischen Situation: Diejenigen, die gegenwärtig in Preußen regieren, erklären offen, daß es ihnen letzten Endes ganz egal ist, was wir hier reden und beschließen; sie würden sich keinesfalls nach unseren Beschlüssen richten. Der preussische Landtag ist gegenwärtig ohne effektiven politischen Einfluß, und es ist wohl nur eine kommunistische Notwendigkeit, anzunehmen, daß wir durch einen Beschluß auf Auflösung des Landtages diesen Zustand der Ohnmacht beseitigen könnten. Herr von Papen und Herr Bracht wären nicht böse, wenn wir selbst ihnen die Kontrolle des Landtages für die nächsten Monate vom Hals schaffen, und sie haben bisher wenigstens noch nicht die Absicht erklärt, nach dem Willen eines neuen Landtages sich mehr zu richten, als nach dem Willen dieses Landtages.

Kommunistisch ausgedrückt: die Neuwahlen werden nur eine schwächliche und feige Stimmzettelaktion und nicht das, was die Kommunisten gefordert haben, eine Fundgebung der revolutionären Massenkräfte. Die kommunistische Forderung, die revolutionäre Massenkräfte einzusetzen, klingt sehr tapfer; aber erst muß man diese revolutionäre Massenkräfte auch haben.

Herr Kasper hat anfangs und nachher versichert, die Sozialdemokratie sei besonders am 20. Juli schwächlich und feige gewesen. Ich habe hier vor mir das Augustheft der „Internationale“, der sogenannten wissenschaftlichen Zeitschrift des Kommunismus, mit dem Beirat ihres Führers und Präsidentschaftskandidaten Ernst Thälmann. Da lese ich wörtlich:

„Die große Schwäche unserer (der kommunistischen) Partei am 20. Juli anlässlich des faschistischen Staatsstreiks in Preußen bestand darin, daß wir mit unserer Streikparole zwar eine mächtige und revolutionäre agitatorisch-propagandistische Wirkung zur Entlassung der Sozialdemokratie und zur Stärkung der Autorität der KPD. erzielt haben, aber keine Streiks in nennenswertem Umfang auszulösen vermochten.“

(Hört, hört! und Heiterkeit bei den Soz.) Mit anderen Worten: Die Herren Kommunisten haben nur so getan, als ob sie bereit wären, im Kampf gegen Bracht die größten revolutionären Heldentaten zu vollbringen. Aber sie haben nicht auch nur einen einzigen Arbeiter aus den Betrieben herausbekommen zum Kampf gegen den Staatsstreik. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Herr Thälmann führt das darauf zurück, daß unsere Parteileitung in den wichtigsten ersten Stunden mit der Sicherung der Partei und den dafür notwendigen technischen-organisatorischen Maßnahmen so stark beschäftigt war, daß der volle Einsatz aller Kräfte in die Kampfmobilisierung der Arbeiterschaft darunter gelitten hat.

Das nenne ich Pech! Die kommunistischen Bonzen waren mit der Sicherung der Kassenkasse so beschäftigt, daß wieder einmal die Weltrevolution ins Wasser gefallen ist. Es gibt nichts Lächerlicheres als die verhinderten kommunistischen Revolutionshelden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Großer Lärm bei den Komm.)

Die Geschichte erinnert lebhaft an 1923: damals hat nach den Erklärungen der kommunistischen Parteileitung sich der Hamburger Oktoberaufstand bekanntlich deshalb nicht auf ganz Deutschland ausgedehnt, weil einer der wichtigsten Kuriers auf dem Bahnhof noch eine Tasse Kaffee trank und ihm dabei der Zug vor der Nase wegfuhr. (Große Heiterkeit.)

Als politischen Grund, warum die Massenmobilisierung der kommunistischen Arbeiter am 20. Juli mißlang, führt Herr Thälmann an, daß die revolutionäre Arbeiterschaft nicht gemerkt hätte, daß der Stoß, der sich scheinbar nur gegen die sozialfaschistischen Minister und Polizeipräsidenten richtete, ein brutaler faschistischer Angriff auf die Freiheit der ganzen Arbeiterklasse war.

Ja, wenn man den Massen jahrelang vorgepredigt hat, die Braun, Sovering und Orszynski seien Verräter am Proletariat und Anhänger des Faschismus, dann können die Massen wirklich nicht an einem Tage begreifen, daß ihre gewalttätige Amtsentsetzung ein Angriff auf das gesamte Proletariat und seine Organisationen darstellt. Wer das erkennt und ausspricht, entlarvt damit die ganze kommunistische Demagogie gegen uns. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Wie verhalten sich übrigens kommunistische Minister, die von der Reichswehr mit Gewalt abgesetzt werden? Im Jahre 1923 waren die Kommunisten Hecker, Brandler und Böttcher in das sächsische Kabinett Zeigner eingetreten. (Zuruf bei den

diesem Ausdruck entsteht bei den Nationalsozialisten große Erregung, während bei den Kommunisten Händeklatschen und Beifallsrufe lauterwerden.

Präsident Kerck schließt den Abg. Kasper wegen grober Verletzung der Ordnung von der Sitzung aus.

Abg. Schwenk (Komm.) bringt einen kommunistischen Antrag ein, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Minister des amtsentsetzten Kabinetts Braun weiter ihre hohen Bezüge und Aufwandsentschädigungen beziehen und ihre Dienstwohnungen und ihre Dienstautos benutzen. Der Antrag fordert, daß diesem Zustand unverzüglich ein Ende gemacht wird.

Abg. Pieck (Komm.) protestiert dagegen, daß sein Fraktionskollege Kasper wegen eines Wortspiels von der Sitzung ausgeschlossen worden sei. Er bringt weiter den Antrag ein, der Landtag wolle seine Auflösung zum 5. November 1932 beschließen, Neuwahlen sollten spätestens am 6. November stattfinden.

Auflösung abgelehnt.

Da sich kein Widerspruch gegen den Antrag erhebt, wird sofort ohne Aussprache darüber abgestimmt.

Für den kommunistischen Antrag stimmen die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Staatspartei. Der Antrag ist also abgelehnt. (Händeklatschen und anhaltende ironische Zurufe der Nationalsozialisten.)

Abg. Steinfurth (Komm.) beantragt, die Zeitungsverbote sofort aufzuheben, den Berliner Polizeipräsidenten Melcher seines Amtes zu entheben und seine Stelle nicht wieder zu besetzen.

Der Antrag wird mit der Tagesordnung verbunden. Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist zunächst 200 Anträge den einzelnen Ausschüssen.

Es folgt die Beratung von Bergwerksanträgen.

Abg. Ligandja (Komm.) nimmt zu Lohnfragen im Bergbau Stellung.

Präsident Kerck teilt mit, daß er den Ausschluß des Abgeordneten Kasper (Komm.) zurücknehme, nachdem er in das Stenogramm Einsicht genommen habe und ihm mitgeteilt sei, daß der Ausdruck nicht böse gemeint war.

Abg. Kreker (Z.) unterstützt die vorliegenden Anträge. Ohne weitere Aussprache werden die Abstimmungen auf später vertagt.

Es folgt die Beratung der Notverordnung vom 1. Juli über die

Zerstückelung des Haushaltsplans für 1932.

die noch von der Regierung Braun erlassen worden ist.

Abg. Kasper (Komm.) erklärt, die Regierung Braun hätte mit diesem Haushalt niemals eine Mehrheit im Landtag gefunden. Die Sozialdemokratie habe nicht zu verhindern vermocht, daß die Rohren, die ihre Schuldigkeit getan, gehen mußten. Der Redner kritisiert besonders die Einsparungen auf kulturellem Gebiet. Der Redner wendet sich dann der gegenwärtigen Lage in Preußen zu und führt dabei aus, die Nationalsozialisten seien, wie auch aus ihrer heutigen Erklärung hervorgehe, fortgesetzt unter der Fuchtel des Herrn von Papen auf dem Rückzuge.

Soz.: Und erwiesen sich völlig unfähig! Nein, so weit kamen Sie gar nicht; denn ihre Ministerherrlichkeit hat nur neun Tage gedauert. Hören Sie lieber ruhig zu, vielleicht können Sie etwas lernen. (Zuruf bei der KPD.: Heilmann als Bekehrter der Nazis!) Ich bin hier Bekehrter für jeden Kollegen im Hause, der überhaupt fähig ist, etwas zu begreifen und zu lernen. (Heiterkeit bei den Soz.) Die kommunistische Ministeraktion in Sachen ging auf ein Telegramm des Moskauer Effi vom 1. Oktober 1932 zurück, das die sächsischen Kommunisten anwies, in die Regierung einzutreten; es schloß mit den Worten: „Sofort Bewaffnung von 50000 bis 60000 Arbeitern durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.“ Aber der Reichswehrkommandeur General Müller in Sachsen ließ sich nicht ignorieren.

Sondern setzte mit Reichswehrgewalt die kommunistischen Minister ab. Und sie gingen — ohne Widerstand!

Nachher im Januar 1924 hat das Moskauer Effi darüber diskutiert, und der damals allgewaltige Sinomsjew hat über den Fall geäußert: „Schön, man hat unrichtig eingeschätzt. Man konnte nicht 60000 bewaffnen, sogar nicht 60.“ Wer nach solchen Blamagen noch den Mut hat, Kritik an der Haltung anderer Parteien zu üben, beweist damit nur seine Dreistigkeit und Unwissenheit. (Sehr wahr! bei den Soz.)

In demselben Artikel der „Internationale“ erklärt übrigens Herr Thälmann, die Kritik der KPD. am System Brüning sei übertrieben und überspitzt gewesen. Die Auffassung, daß Brüning schon der Faschismus gewesen wäre und daß noch ihm die Diktatur des Proletariats kommen müßte, sei widerlegt. In Wahrheit ist diese Theorie die große Lüge gewesen, mit der die Kommunisten herbeigeführt haben, daß an die Stelle Brünings viel schlimmere Reaktionen getreten sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Gegen dieses neue Kabinett Papen überboten sich die Parteien in Kriegserklärungen. Es ist geradezu ein olympischer Wettbewerb, wer der größte Gegner Papens ist. Aber die größten Schimpfreden der Nationalsozialisten gegen den Herrenklub und die feinen Leute ändern nichts an der

Vaterhast der Nationalsozialisten für das Kabinett Papen.

„Der Nationalsozialist“, ihr Gauorgan für Thüringen, hat am 30. August geschrieben, Herr von Papen verdanke die Möglichkeit, zu regieren, in erster Reihe Adolf Hitler. Herr Dr. Joseph Goebbels hat im „Angriff“ erklärt: „Während wir auf den Tribünen der Massenversammlungen standen, richteten sich bereits andere wohnlich ein, und ehe man sich es versah, schwangen sie sich auf unsere breiten Rücken und klatterten behende in die Amtlichkeit.“ Und in diesem Hause hat Herr Kube selbst am 30. August 1932 gestanden: „Wäre der Nationalsozialismus nicht,

Die Gäste der „feinen Leute“.

Goebbels und der Herrenklub.

Goebbels lobt nach wie vor gegen die „feinen Leute“ und gegen den Herrenklub, aus dem Herr von Papen hervorgegangen ist. Der Ausdruck „Herrenklub-Regierung“ wird von ihm und den Seinen als schärfstes Schimpfwort gegen die Papen-Regierung benutzt. Die Herrschaften vergessen dabei, daß nationalsozialistische Redner, so z. B. P. G. Feder häufig in den Herrenklubs geredet haben. Sie sind sehr unvorsichtig, denn noch jetzt sind die Beziehungen zu dem Herrenklub und den ihm angeschlossenen Herrengesellschaften nicht eingestellt. Dieser Mangel an Vorsicht hat den Nazis in Mecklenburg einen schweren Betriebsunfall eingetragen. Der Hauptleiter von Mecklenburg, der Reichstagsabgeordnete Hildebrandt, hat kürzlich erst die Vertagung und den reaktionären Charakter der Herrengesellschaft öffentlich dargelegt. Am gleichen Tage aber verstand Herr von Oerchen-Roggow für die Herrengesellschaft Mecklenburg ein Rundschreiben, in dem er darauf aufmerksam machte, daß der Ministerpräsident von Mecklenburg, Herr Granjow, im Herrenklub einen Vortrag halten werde. Herr Granjow aber ist Nationalsozialist.

Das ist Pech für Herrn Hildebrandt, aber noch mehr für Herrn Goebbels. Denn Herr Granjow ist zugleich — Goebbels Schwager.

Hätte Herr Dr. Bracht nie den Versuch gemacht, seinen Willen hier zur Durchführung zu bringen?

Was die Nazis sich subjektiv dabei gewünscht haben, ist ganz egal, objektiv ist Hitler, objektiv sind Ihre 162 Mandate im Landtag, Ihre 230 Mandate im Reichstag die Basis der Wiederaufrichtung der Junkermacht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn einer der SA-Stürmer nach den Preussischen Parteimitgliedern an Papen telegraphiert hat, daß ohne Hitler Papen nicht da wäre, hat er die reine Wahrheit gesprochen.

Freilich, die Nationalsozialisten wollten Herrn Papen nur als Ubergangskabinett; sie hatten sich eingebildet, er würde nach der Reichstagswahl ihnen die Macht überhandigen. Da kennen Sie preussische Junker schlecht! Nehmen, was man kriegen kann und ja nichts hergeben, war stets ihre Devise!

Nun haben Sie sich in Ihrer machtpolitischen Verlogenheit mit dem Zentrum angefreundet, das Sie gerade vorher aus seiner parlamentarischen Schlüsselstellung herausgeworfen hatten. Solange die Nationalsozialisten daran gearbeitet haben, waren sie bei den Deutschnationalen lieb und wert. Aber seitdem sie dagegen ausgehen, daß die Deutschnationalen sich jetzt der Alleinherrschaft im Reich und Preußen bemächtigt haben, sind sie abgemeldet und verhandeln nun mit dem Zentrum über die Frage, wie sie die Bundesgenossen von Harzburg wieder aus der Macht herauszuholen können. Zwei vom altpreussischen Junkertum betroffene Betrüger suchen den Weg zur Macht. Die Verhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum (Zuruf des Abg. Kube: Sie sind wohl neidisch?) — dafür habe ich das Zentrum als einen viel zu klugen und zähen Verhandlungspartner kennengelernt (Heiterkeit) — zwingen doch, an das frühere Verhältnis der beiden Parteien zu erinnern. Im Wohlwollen des Zentrums zur Preußenwahl kann man lesen:

„Ziel der Nationalsozialisten ist die einseitige Parteidiktatur. Ihre Politik sind Intrigen und Manipulation. Sie züchten Blut- und Gewaltkulte, verwirkeln alle christlichen Glaubensbegriffe und haben unser Volk an den Rand des Bürgerkrieges getrieben. Massenrauf, Bruderkampf und Terror ist ihr Weg. Mit ihnen geht die politische und soziale Reaktion.“

Zur Erläuterung nennt die „Germania“ die Nationalsozialisten umamißliche Mordredakteure und Volksaufwiegler, Männer von maßloser Leberhäßlichkeit und Großmannsacht.

Noch am 13. Juli 1932 schreibt die „Germania“, daß die nationalsozialistische Landtagsfraktion in Preußen eine nie erlebte verrohte Unanständigkeit an den Tag legt; ihr Verhalten sei unfähig und widerlich. Das Stuttgarter Zentrumsorgan nennt die Nationalsozialisten den absoluten Gegenpol zu jeder christlichen und katholischen Moral, eine unerträgliche Pest. Und im politischen Testament des verstorbenen Zentrumsführers Dr. Joseph Heß finden Sie den Satz, daß die Nationalsozialisten für das Zentrum als Koalitionspartner niemals in Frage kommen werden.

Kann sich danach das Zentrum wundern, daß seine jetzige Einstellung uns als ein Bruch mit der Vergangenheit und den Grundfäden des Zentrums erscheine? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Und nun die Gegenseite: Der Naziabgeordnete Peyerlorn will „die schwarzen Pfaffen zum Teufel jagen, wohin sie auch gehen“. Herr Kube sprach von des Teufels Großmutter; heute hat er erläutern bemerkt, das sei eine hochachtbare Person. (Große Heiterkeit.) Ich persönlich bin über die Topographie der Hölle und die Verwandtschaftsverhältnisse des Teufels nicht genau unterrichtet; aber ich hatte bisher immer angenommen, daß gerade das Zentrum diese Gegend nicht liebt. (Erneute Heiterkeit.) Der „Völkische Beobachter“ vom 5. August d. J. erklärt das Zentrum für den grundsätzlichen Staats- und Volksfeind, für den naturgegebenen Verbündeten der Polen und Franzosen. Der „Völkische Beobachter“ vom 18. Juni verkündet, daß man mit diesen Schwarzen nicht verhandle, sondern sie behandle nach großdeutschem Gesetz und Lebenswillen. Herr Kube hat im preussischen Landtag am 16. Juni d. J. verkündet, das Zentrum regiere grundsätzlich lieber mit Atheisten und Juden als mit deutschen Christen. Und der „Angriff“ des Dr. Joseph Goebbels verlangt für Herrn Raas als Landesverräter das Zuchthaus!

Am 14. Juni verlangt Herr Goebbels im Leitartikel des „Angriff“, Papen dürfe es sich nicht länger gefallen lassen, von der Margitenpresse als Kabinett der Barone beschimpft zu werden! Goebbels und Kerck haben den Reichskommissar für Preußen verlangt. Und Herr Kerck hat noch heute im Kesselfentat erklärt, er befreite dem Staatsgerichtshof in Leipzig das Recht, nachzuprüfen, ob die objektiven Voraussetzungen für die

Das Echo der Enthüllungen.

Erregung im Stahlhelmlager. — Schwarzbraunes Schweigen.

Die Enthüllungen, die Genosse Otto Wels in seiner Sporinalstraße über die Pläne Hitlers gegen den Reichspräsidenten gemacht hat, haben großes und berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Die „Kreuzzeitung“, das Organ des Stahlhelms, schreibt dazu:

„Entscheidend wichtig dagegen ist die Behauptung des sozialdemokratischen Parteiführers, daß Hitler versucht habe, das Zentrum und sogar die Sozialdemokratie für die Absetzung des Herrn Reichspräsidenten Hindenburg zu gewinnen. Das wäre tatsächlich eine solche Ungeheuerlichkeit, daß Adolf Hitler vor dem ganzen deutschen Volk als Freier am Volke daßünde.“

Das juristische Recht, die Absetzung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zu betreiben, steht Herrn Adolf Hitler somit gemäß Reichsverfassung genau so wie jedem anderen Staatsbürger zu. Daß ihm auch nichts erwünschter wäre, als daß der Herr Reichs-

präsident v. Hindenburg aus seinem Amte ausschiede, hat Adolf Hitler ja auch in seiner berühmten Rede in München unläuglich in der Weise ausgesprochen, die in Millionen von Deutschen das Vertrauen zu diesem Führer der größten deutschen Partei endgültig erschüttert hat. Aber wenn Adolf Hitler diesen seinen persönlichen Wunsch — der in unvereinbarem Gegensatz zu dem heftigsten Schreien der überwältigenden Volksmehrheit liegt — nun nach unter Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei hat erreichen wollen, wie das der sozialdemokratische Parteiführer jetzt behauptet hat, so wird er für diese Handlungsweise selbst im Kreise seiner engsten Mitarbeiter und noch weniger in den breiten Massen des deutschen Volkes kein Verständnis finden.“

Sowohl die Presse des Zentrums als auch die Presse der Nationalsozialisten schweigt vollständig über die Enthüllungen des Genossen Wels. Ihr Inhalt kann nicht bestritten werden.

Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen gegeben gewesen wären. (Hört, hört!) Wundern sich die Herren Nationalsozialisten, daß ihre Klagen über die Willkür des Reichskommissars auf diesen keinen Eindruck machen? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Von den Junkern um die Macht betrogen verkünden jetzt die Nationalsozialisten, sie wollten die Volkrechte schützen. Aber auf das Volk beruft sich sogar Herr von Papen. Auch er will den wirklichen nationalen Willen des Volkes verkörpern, der sich bloß noch nicht geoffenbart hätte. (Heiterkeit.) Auf den Volkswillen beruft sich auch der ärgste Reaktionär.

Aber ein ehrlicher Freund des Volkswillens ist nur der, der das gleiche Wahlrecht und die parlamentarische Regierungsweise als unbedingte Grundgesetze anerkennt.

Die Nationalsozialisten fordern alle Macht für einen Mann, für Adolf Hitler, das heißt, sie wollen dem deutschen Volke alle politischen Rechte und Freiheiten rauben. Von der regierenden Junkerklasse unterscheiden sich die Nationalsozialisten nur dadurch, daß sie einen anderen Mann als Diktator über das Volk setzen wollen. Wir aber wollen dem Volk sein politisches Recht und seine politische Freiheit erhalten. Wenn jetzt der Reichstag ein über das andere Mal auseinandergeht, wenn der Preussische Landtag völlig entmachteter wird, ist der Grund dafür, daß das deutsche Volk sich in diese Parlamenten antiparlamentarischer Mehrheiten hineingewählt hat. Parlamente mit antiparlamentarischer Mehrheit verdienen keine Macht, haben keine Macht und werden niemals Macht ausüben. Sein Recht erhält das deutsche Volk erst zurück, wenn es wieder ehrliche Anhänger seiner Selbstregierung und Selbsterhaltung wählt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Nach dem 24. April und dem 31. Juli haben die Nationalsozialisten gepöbelt, noch nie sei eine parlamentarische Partei in Deutschland so stark gewesen wie sie. Jetzt wird euch das deutsche Volk fragen: was habt ihr uns mit dieser Stärke eingebracht?

Sie haben für das Volk nichts geleistet, sie kehren zum Volk mit leeren Händen zurück.

Sie haben dem Volke vorerzählt, an seinem Elend seien die Tribute schuld. Seit dem 1. Juli 1931 zahlt das deutsche Volk keinen Pfennig Tribute mehr; aber Elend und Not sind geblieben. Sie haben dem deutschen Volke vorerzählt: stürzt das System Brüning und es wird auch besser gehen. Aber trotz ihres Jubels über Brünings Sturz — das Elend des deutschen Volkes ist immer größer geworden. Auch ihre Wähler werden endlich merken, daß das Elend dieser Krisenzeit vom kapitalistischen Wirtschaftssystem herrührt! Sie nennen sich „Sozialisten“, aber Sie wissen überhaupt nicht, was Sozialismus ist.

Sozialismus heißt Selbstregierung des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet, heißt planmäßige Ordnung der Wirtschaft durch das Volk für das Volk. Was wir heute in Rußland vor uns sehen, ist kein Sozialismus; denn das arbeitende Volk ist dort von der Leitung der Produktion tatsächlich vollkommen ausgeschlossen.

Es gibt keinen Sozialismus ohne demokratische Mitwirkung der Arbeitermassen. Voraussetzung des Sozialismus aber ist die Enteignung und Verstaatlichung der Banken, der Bergwerke, der Metallindustrie, der Elektroindustrie und der Baustoffindustrie.

Wollen Sie diese Produktionsstätten und Produktionsmittel enteignen? Nein! Darum führen Sie den Namen Sozialisten zu Unrecht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freilich, wir legen den Massen in aller Offenheit, das Ziel der Enteignung, das Ziel der sozialistischen Mannwirtschaft läßt sich nur erreichen, wenn sich die arbeitende Klasse organisiert und die politische Macht erobert.

Diese Organisation der arbeitenden Menschen, diese Machteroberung für die arbeitenden Menschen ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Und der Erfüllung dieser Aufgabe werden wir im kommenden Reichstagswahlkampf wieder ein Stück näher kommen! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Lohse (Koz.) erklärt, die Reden der Kommunisten und Sozialdemokraten seien einzig und allein auf den Wahlkampf abgestimmt gewesen. Die kommunistische preussische Regierung, so fährt der Redner fort, haben den alten Etat unverändert übernommen und genau so weitergewirtschaftet wie die alte Regierung. Langsam aber sicher gingen wir auch unter Führung dieser Herren dem Abgrund entgegen. Sie (zu den Deutschnationalen) nennen sich Monarchisten und haben mit der Zustimmung zum Republikanengesetz die Rückkehr des Kaisers verhindert. Hätten Sie vor dem Kriege das Werk Bismarcks besser verwaltet, dann wäre 1918 die Revolution nicht gekommen. Wenn Sie den Kampf von uns wollen, Sie sollen ihn haben! (Stürmischer Beifall bei den Koz.)

Abg. Kube (Koz.) erwidert dem Abgeordneten Hellmann, er habe es mit mühevoller Arbeit vermieden, zur Tagesordnung zu sprechen. Auf die schönen theoretischen Vorträge über Sozialismus komme es nicht an. Praktische Bedeutung habe der Notausbehalt, den Seevering mit seinem Namen gezeichnet habe. Aus den schmerzreichen Kufen Hellmanns an das Zentrum höre man die tiefentwühlte Stimme eines Weibchens heraus, der feststellen müsse, daß sich bei seinem ehemaligen Geliebten Möglichkeiten zur Annäherung eines neuen Verhältnisses ergäben. (Große Heiterkeit.) Der Redner wendet sich dann gegen den Reichstagsler von Papen und erklärt: Wir haben den Kampf gegen den Marxismus nicht geführt, damit an die Stelle der sozialdemokratischen Landräte Ihre Landräte treten. Die Zeiten sind vorüber, wo man das deutsche Volk mit einer angeleglichen Ueberlegenheit bevormunden konnte. Wenn Sie es wagen sollten, uns gegenüber die Verfassung außer Kraft zu setzen, dann müssen Sie sich selbst dafür verantwortlich machen, wenn Repressalien von irgendeiner Seite ins Auge gefaßt werden. Wie will Herr von Papen nach der Reichstagsneuwahl gefehlich weiterregieren? Glaubt man, daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei im neuen Reichstag die Mehrheit haben? (Lachen rechts.)

In der Harzburger Front wollte man uns mit dem Marxismus abreden lassen, aber die führenden Köpfe wollten die Deutschnationalen wie auf einem Kohlkopfwagen in Massen herbringen.

(Heiterkeit rechts.) Von diesem Köpfe-Angebot haben wir allerdings keinen Gebrauch gemacht. Der 6. November wird kein wesentlich anderes Bild zeigen als der 31. Juli. Wir werden sehen, ob am 7. November Herr von Papen wieder mit einer Handbewegung das Votum der deutschen Nation beiseite schiebt. (Beifall bei den Koz.)

Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Anträge über den Konflikt mit der kommunistischen Regierung, sozialdemokratischer Mißbilligungsantrag gegen den Landtagspräsidenten Kerrl, Vorverlegung der Gemeindevahlen und zurückgestellte Abstimmungen.

Franz Schmitt gestorben. In München ist, 70 Jahre alt, Genosse Franz Schmitt gestorben, der Jahrzehnte hindurch in der Organisation der südbayerischen Parteioffiziere führend tätig war. Von Beruf Optiker, hatte Schmitt im Metallarbeiterverband und in der Partei Gelegenheit, große organisatorische Fähigkeiten zu entwickeln. Von 1907 ab war er Parteisekretär für München. Er gehörte auch eine Reihe von Jahren dem Bayerischen Landtag und dem Reichstag von 1912 an. Im ersten Landtag des Freistaates Bayern war Schmitt Präsident bis 1920.

Termin am Sankt-Nimmerleins-Tag? Der Staatsgerichtshof hat in der Klage Preußens gegen das Reich den 6. Oktober noch nicht als Termin angesetzt. Ein solcher Termin kann „zur Zeit noch nicht erfolgen, da der Briefwechsel zwischen den Parteien noch nicht abgeschlossen ist“. Da scheint man gar keine Eile zu haben, die wichtige staatsrechtliche Entscheidung zu fällen.

Der Vermittler.



Nazi-Arzt als Mordführer.

Ein Medikus verlangt den Jagdschein des § 51!

Vaderborn, 21. September. (Eigenbericht.) Das Vaderborner Sondergericht verurteilte am Mittwoch den Neuhäuser Naziarzt Dr. Linden, der zwei Menschenleben auf dem Gewissen hat, wegen Totschlags, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Waffenmißbrauchs zu einer Gesamtstrafe von 7 Jahren Gefängnis. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 10 Jahre Zuchthaus. Die Voraussetzungen für die Anwendung des § 51 hielt das Gericht bei Linden nicht gegeben. Es billigte ihm verminderte Zurechnungsfähigkeit und mildernde Umstände bezüglich des Totschlags zu. Aus diesem Grunde hat das Gericht von einer Zuchthausstrafe Abstand genommen. Die übrigen 13 Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 2 Jahren.

Das Urteil gegen den nationalsozialistischen Arzt Dr. Linden ist außerordentlich milde ausgefallen, wenn man die Brutalität in Erwägung zieht, mit der diese Tierde der medizinischen Wissenschaft vorgegangen ist. In der Nacht zum Wahlanntag — 31. Juli — hatten sich, wie wir berichteten, die Nationalsozialisten in Neuhaus bei Vaderborn „bedroht gefühlt“. Deshalb wickelten sie ihren Pp. Linden, damit er Hilfe besorge. Auf dem Wege zu Linden trafen sie einen Mann mit den Freiheitspfeilen. So im Vorbeigehen überfielen die angeblich Bedrohten den einzelnen Sozialdemokraten, schlugen ihn nieder und zwieten ihn über zu Linden holte tatsächlich „Hilfe“ herbei. Zwischen Neuhaus und dem Sennelager überfiel dieser „Hilfszug“ der Sozialdemokraten vier sozialdemokratische Plakatierer. Einige hundert Meter weiter traf der SS-Lieberfallwagen auf eine kommunistische Rebetkolonne. Dr. Linden ließ den Wagen halten, und schoß blindlings in die fliehende Kolonne. Dabei wurde der Kommunist

Briske getötet. Vor Gericht befandete der SA-Mann Steffens, daß diese Ueberfälle planmäßig vorgenommen wurden; ein anderer SA-Mann bestätigte dies. Der intellektuelle Führer der Morderpedition, Dr. Linden, aber behauptete, er sei geistig nicht zurechnungsfähig, weil er früher — Morphium gewesen sei!

Das Gericht hat diesem Dr. med. zwar nicht den ganzen Jagdschein des § 51 zugesprochen, ihm aber doch eine beschränkte Unzurechnungsfähigkeit zugestimmt, so daß er mit Gefängnis für ein Menschenleben davon kommt. Der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Furchtbare Zuchthausurteile.

Wieder in Schlesien.

Das Beuthener Sondergericht verhandelte am Mittwoch gegen sieben Kommunisten aus Niechowitz, bei denen in den Tagen vor der letzten Reichstagswahl eine größere Anzahl von Waffen sowie Dynamitpatronen, Sprengkörper und fertigestellte Behälter zur Anfertigung von Bomben gefunden worden waren. Nach langer Verhandlung, in deren Verlauf nur ein Angeklagter geständig war, verurteilte das Gericht den Hauptangeklagten, Grubenarbeiter Jakob Meier, zu fünf Jahren einem Monat Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und Vergehens gegen das Kriegsgerätesgesetz. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis vier Monaten, das Verfahren gegen einen Angeklagten wurde abgetrennt. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 20 Jahre Zuchthaus und drei Jahre drei Monate Gefängnis beantragt!

Finanznot der Städte.

Frankfurt am Main kann nicht einlösen.

Die Stadt Frankfurt (Main) kann am 1. Oktober 30 Millionen Mark Frankfurter Schahanweisungen nicht einlösen. Reichshilfe wurde trotz energischer Verhandlungen des Frankfurter Räumers in Berlin bisher verweigert. Es ist nun beabsichtigt, das Gesetz betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen von 1899 auch auf kommunale Schahanweisungen anwendbar zu machen. Die Beschränkung von Gläubigerrechten soll also künftig nicht nur nichtöffentlichen, sondern auch öffentlichen Körperschaften zugute kommen. Die angestrebte Milderung kann jedoch nur vom Reich getroffen werden. Deshalb laufen gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Deutschen Städtetag und dem Reichsjustizministerium.

Vorsicht vor Parteispionen!

Kommunisten mit 3 Pfeilen.

Wie das Kölner Parteisekretariat bekannt macht, hat die dortige KPD die Anweisung gegeben, die Agitation in der Sozialdemokratie mittels Tarnung zu betreiben. Diese Tarnung soll dadurch geschehen, daß die Propagandatrüppchen entweder das Dreipfeil-Abzeichen, das Reichsbanner-Abzeichen oder das Abzeichen vom Freien Wassersport anlegen, um so den Leuten vorzutauschen, sie seien unzufriedene Mitglieder dieser Organisationen. Die Briefe der Herrschaften gehen zum Teil mit der Anrede: „Lieber sozialdemokratischer Klassen-genosse“ hinaus. Man wird diesen lieben Freunden also nicht nur aufs Maul, sondern auch aufs Parteibuch sehen müssen!

Das hat noch gefehlt.

Zur Wehrpflicht.

Der Frontkämpferbund e. V., Sitz München, hat beim Reichsminister des Innern Zulassungsantrag zur Durchführung eines Volksbegehrens gestellt, das die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zum Ziele hat.

Das Volksbegehren soll zum Erlaß eines Gesetzes durchgeführt werden, wonach Teil V des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt und die deutsche Wehrmacht wiederhergestellt wird durch Ein- und Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in vollstem Umfange. Das ganze Volk soll der Landesverteidigung dienftbar gemacht werden.

Ein solches „Volksbegehren“ ist das geeignetste Mittel, Deutschlands Position bei den jetzigen internationalen Verhandlungen noch glänzender zu gestalten.

Litwinow als Vermittler?

Vorschläge für Deutschlands Rückkehr nach Genf.

Genf, 21. September. (Eigenbericht.)

Das Büro der Abrüstungskonferenz setzte am Nachmittag seine Aussprache fort. Litwinow beantragte, zuerst die wichtigsten Probleme zu diskutieren und nicht die leichtesten vorzunehmen. Man dürfe nicht die Atmosphäre des Pessimismus verfestigen, unter der die erste Phase der Konferenz beendet worden sei. Man müsse gerade die schwersten Fragen vorantreiben, die geeignet seien, eine wirkliche und greifbare Herabsetzung der Rüstungen herbeizuführen. Nur eine quantitative Herabsetzung der Rüstungen könnte eine Wohnnahme dieser Art darstellen, wie groß auch immer das Interesse an einer qualitativen Rüstungsbegrenzung sei. Die ganze Konferenz beklagte lebhaft das Fehlen Deutschlands in der Bürokratie, aber Herr von Neurath habe in seinem Brief verkauten lassen, daß die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz möglich sei unter der Bedingung, daß die Arbeiten dieser Konferenz zu einer gewissen Höhe gebracht würden. Wenn das Büro entscheiden würde, der Generalkommission eine Wohnnahme zur Verminderung der Rüstungen um ein Drittel vorzuschlagen, dann hätte die Konferenz sicher von neuem das Vergnügen, unter ihren Teilnehmern ein deutsches Mitglied zu sehen.

Die Diskussion galt dann der Methode, wie man zu den Beratungen überhaupt kommen solle. Paul Boncour (Frankreich) verlangte, daß die Politiker über alle Fragen, in denen bereits Uebereinstimmung herrsche oder Mehrheiten vorhanden seien, präzise Texte aufstellen müßten. Man dürfe diese Fragen nicht wiederum an das technische Komitee zurückverweisen, da dies unnütz und zwecklose Arbeit sei. Ueber eine Menge von Fragen hätte die Kommission genügend Entscheidungsmomente, und es müßte nunmehr entschieden werden.

Wilson-Amerika beantragte die Bildung eines Komitees zur Untersuchung der Waffenfabrikation und des Handels, dem sich das Büro anschloß, während Sir John Simon-England vom Generalsekretär einen Bericht verlangte über die Sachberatungen für die Möglichkeit zum Verbot der Fabrikation von Gas, der Maschinen zur Verbreitung des Gases und der Ausrüstung und Ausbildung von Mannschaften zum Gebrauch des Gases, alles in Friedenszeiten. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls angenommen. Das Büro behielt sich die Prüfung des Verbots des chemischen Krieges und des Bombenabwurfs auf Zivilbevölkerung bis zur Vorlage dieses Berichts vor.

„Notverordnung muß sein!“

Brachts Vorstoß gegen Berlins Selbstverwaltung.

Zwei auf einen Streich — zwei Erlasse auf einmal! Was ist denn eigentlich geschehen oder unterlassen, das dem Herrn Essener Oberbürgermeister und Papen-Beauftragten den Anlaß hätte geben können, seinem Oberbürgermeisterkollegen im Berliner Rathaus diese beiden Schriftstücke an einem Abend ins Büro zu feuern? Nun, dort, im Berliner Rathaus, berät man zurzeit ernsthaft darüber, ob man gewisse Änderungen der Bezirksverfassung und Bezirkseinteilung zweckmäßigerweise vor den im Frühjahr fälligen Wahlen von etwa 60 Bezirksstadträten vornehmen solle. Der Magistrat hat seine Beratungen so ziemlich beendet, und in der nächsten Woche sollte eine entsprechende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gehen.

Herr Dr. Bracht „ersieht“ dies aus der Presse. Und erschrickt. Erklärt. Ohne ihn? Ohne den Preußendiktator? Unmöglich! Da muß er dabei sein. Ohne Notverordnung? Unmöglich! Notverordnung muß sein. Ohne Notverordnung gehts nicht. In Preußen im Jahre 1932. Und darum wird dekretiert. Ein Erlaß. Zwei Erlässe. Zwei an einem Tage.

Mit der Neueinteilung der Bezirke fängt es an. Verringerung der Zahl — da läßt es sich am leichtesten einhalten. Das klingt nach Verbilligung. Und schon fällt das ominöse Wort, gleich in der dritten Zeile, das Zauberwort, das den Weg zur Notverordnung öffnen soll. Und gleich wieder in Verbindung mit „Vereinfachung“. Das hat zwar nicht mehr mit Notverordnung zu tun. Aber es erweitert den Spielraum, gibt unbegrenzt Möglichkeiten zum Eingreifen. Genau so, ganz genau so, mit denselben Worten wie bei der preußischen Verwaltungsreform. Eine letzte Gnadenfrist: bis zum 15. Oktober. Falls die „Selbstverwaltungsorgane“ bis dahin nicht zu einem „brauchbaren“ Ergebnis kommen — Notverordnung! Ausschaltung der Stadtverordnetenversammlung als erstes Stadium des dann beginnenden Ausnahmezustandes. Ausschaltung des Magistrats als zweites. Übergangsregelung? Natürlich gleichfalls durch Notverordnung.

Und nun kommt Nr. 2: die neue Verfassung der Bezirke. Ob Ein- oder Zweikammersystem — das ist doch sicher keine Frage des Kostenpunktes, sondern des Verwaltungsprinzips. Ein Bürgermeister kostet genau soviel, wenn er Führer der Verwaltung, als wenn er Bezirksamtsdirektor ist. Ein Stadtrat genau soviel als Bezirkskomiteeglied wie als Beigeordneter. Macht nichts. Notverordnung muß sein. Notverordnung gibts nicht ohne Verbilligung. Also: „Ich beabsichtige zur (natürlich!) Vereinfachung und Verbilligung... Änderungen in der Verfassung der Berliner Verwaltungsbezirke vorzunehmen.“ Vorschläge bis zum 15. Oktober. Notverordnung auf jeden Fall. Gleichviel, ob mit oder ohne Vorschlag.

Nein, so gehts wirklich nicht. So kann und so darf es nicht gehen. Änderung der Gemeindeverfassung, Änderung der Berliner Verfassung ist kein Objekt irgendeiner Notverordnung. Auch nicht unter dem glorreichen Regime der Herren Barone. Das kann und das darf sich der Landtag nicht gefallen lassen. Das kann und das darf man der Reichshauptstadt nicht bieten.

Sie war eben dabei, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen. Die Bezirkseinteilung durch Ortsgeföh. Die Bezirksverfassung durch Vorschlag an die gesetzgebende Körperschaft. Es gibt keine andere Möglichkeit, als daß sie auf diesem Wege fortfährt. Und daß sie sich durch keine Drohung, durch kein Ultimatum darin stören läßt.

Noch weniger aber durch das Geschrei derer, die sonst mit den Herren Papen und Bracht durch die und dünn gehen. Und die nun vollends durcheinander geraten sind, weil sie um ihrer parteieigentlichen Ziele willen eine wirkliche Reform der Berliner Verwaltung nicht wollen. „Brachts Eingreifen“, schreibt die „Deutsche Zeitung“, „wird bei der Sozialdemokratie hellen Jubel auslösen“. Ein grotesker Irrtum — verständlich nur bei jemandem, der es sich nicht vorstellen kann, daß es eine Partei gibt, der die Selbstverwaltung mehr ist als ein Aushängeschild und die Verfassung mehr als eine Feiertagsphrase.

Das Photo soll beweisen.

SA-Aussagen im Kommunistenprozeß.

Die Kontrolle vor dem Eingang zum Gerichtssaal im Kommunistenprozeß vor dem Berliner Sondergericht war gestern noch schärfer als am ersten Verhandlungstag. Die SA-Zeugen wurden förmlich nach Waffen durchsucht. Die Verhandlung brachte keine Klarheit über die blutigen Ereignisse am 29. August vor dem SA-Verkehrslokal.

Der Vorsitzende bemühte sich vergeblich, von den zahlreichen SA-Zeugen eine Erklärung dafür zu bekommen, wieso gerade die gegenüberliegenden Häuser zahlreiche Einschüsse aufwiesen und in der Nähe des SA- Lokals Patronenhülsen gefunden wurden. Die SA-Leute bestritten im Chorus, daß aus ihrem Lokal geschossen worden wäre. Der einzige wirkliche Belastungszeuge dieses Tages war der Berlethte Theodor Kwaikowski. Er wollte drei von den Angeklagten wiedererkennen, einen, der per Rad ihn und seine Kameraden am Weitergehen gehindert habe, zwei andere, die er als Schützen bezeichnete. Auf einen der Schützen will er später auf dem Polizeiauto den Beamten aufmerksam gemacht haben. Es sei dies der Angeklagte Heine gewesen.

Der Zeuge erklärte weiter auf die Frage des Vorsitzenden, daß auf den ihm von der Kriminalpolizei vorgelegten Photographien er außer dem Angeklagten Heine auch den Angeklagten Sterdt als einen Radfahrer, der ihn am Weitergehen behinderte, und den Angeklagten Schall als den zweiten Schützen wiedererkannt habe. Die Wiedererkennung des Angeklagten Beier könne er jetzt nicht mehr aufrechterhalten; aber auf einer der Photographien habe er noch einen weiteren Kommunisten erkannt. Der Angeklagte Sterdt hielt dem Zeugen entgegen, daß die Beschreibung seiner Kleider nicht stimme, und daß er an jenem Abend auch nicht im Besitz eines Fahrrades gewesen sei. Auf die Vorkhaltung des Vorsitzenden, daß nach dem Gutachten des Sachverständigen die Schüsse nicht von der rechten Seite der Straße, sondern von der linken gekommen sein müßten, wußte der Zeuge nichts zu erwidern. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Vernehmung des Zeugen ausgeföhrt.

Es wurden dann weiter die SA-Leute vernommen, die an jenem Abend in dem Verkehrslokal Röntgenstraße 12 gewesen sind und die Schießerei gehört haben. Sie wollen alle auf dem Wege zu ihrem Verkehrslokal verdächtige Gestalten bemerkt haben, die sie für Kommunisten hielten. Sie bestritten förmlich auf entsprechende Fragen des Vorsitzenden, Waffen besessen, Waffen bei ihren Kameraden gesehen und aus dem Lokal geschossen zu haben.

Die Zeugenkomödie.

Eine besonders bezeichnende Stelle aus dem Verhör der SA-Zeugen sei noch wiedergegeben:

SA-Mann Downing: Ich war dabei, aber ich bin erst nach dem Zusammenstoß in den Sturm 33 als Mitglied eingetreten. Vorher war ich im Sturm 90. Verteidiger: War Ihr Bruder nicht Mitglied des Sturms 33 und ist wegen Teilnahme an einer Schießerei rechtskräftig verurteilt worden? Zeuge: Ja wohl. Vorf.: Haben die Kommunisten Waffen gehabt? Zeuge: Das weiß ich nicht. Vorf.: Im Protokoll steht: Ich konnte hören, wie einer eine Waffe entführte. Zeuge: Ich hörte etwas knacken. Ob es eine Waffe war, weiß ich nicht. Verteidiger: Sie fahren nur auf dem Rade vorbei? Zeuge: Ja, aber ich habe es trotzdem

Um die „Heimbau“-Siedlung.

Voruntersuchung gegen zwei frühere Vorstandsmitglieder.

Zu unseren Meldungen über den Zusammenbruch der „Heimbau“, Gemeinnützige Beamtenfiedlung G. m. b. H., erfahren wir noch, daß gegen zwei frühere Vorstandsmitglieder des Siedlungsunternehmens, gegen die schon seit längerer Zeit ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft III schwebte, inzwischen auch die Voruntersuchung wegen des Verdachts des Betruges bzw. der Untreue eröffnet worden ist, und zwar gegen Walter Paul und Anton Maser. Infolgedessen dürften die Vorgänge, die zu dem Zusammenbruch der Beamtenfiedlung und damit zur Schädigung von hunderten von Beamten führten, voraussichtlich auch eine gerichtliche Klärung finden.

Das Unternehmen befand sich schon seit längerer Zeit in Schwierigkeiten. Ende vorigen Jahres hatte die Bilanz, wie mitgeteilt, einen Fehlbetrag von rund einer halben Million aufgewiesen, und es war zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorstand und den Genossen gekommen, die schließlich einen neuen Vorstand wählten. Gegen die früheren Vorstandsmitglieder schwebt seit dem Frühjahr bei der Staatsanwaltschaft II ein Verfahren unter dem Rubrum Paul und Genossen, und zwar wegen Betruges. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie die Schulden der Gesellschaft zum Teil durch nicht ordnungsgemäße Verwendung von Genossenschaftsgeldern, durch zu hohe Speise- und sonstige Manipulationen bei Verträgen mit Baufirmen verurteilt hätten. Inzwischen sind die Schulden auf etwa 750 000 Mark angewachsen. Der neue Vorstand hatte gehofft, daß die Deutsche Reichspost bei dem schon im März d. J. erfolgten Vergleichsvorschlag der „Heimbau“ ihre Hilfe leisten würde, weil rund 700 Postbeamte Mitglieder dieser Genossenschaft sind und von dem Verlust ihrer 200 Mark betragenden Anteile bedroht werden. Außerdem hatte die Post 1,1 Millionen Mark als sogenanntes Arbeitsgepörlehen in Form einer zweiten Hypothek gegeben und schließlich noch Bürgschaften in Höhe von rund einer halben Million übernommen, so daß für die Post selbst etwa 1,6 Millionen Mark auf dem Spiele stehen. Die Post hat weitere Hilfe abgelehnt, so daß der Konkurs unabwendbar war. Für die Mitglieder der Genossenschaft besteht dadurch natürlich die Gefahr, daß sie nicht nur ihre Anteile verlieren, sondern noch statutengemäß persönlich für weitere 200 Mark haften.

Beerdigung des BVB-Mordopfers.

Auf dem Friedhof der Luisenstädtischen Gemeinde am Fürstennbrunner Weg in Charlottenburg wurde gestern der Betriebsinspektor Otto Meyer zur letzten Ruhe gebettet. Tausende von BVB-Angestellten, darunter seine näheren Kollegen vom Bahnhof Heimholzstraße in Charlottenburg, gaben dem Toten das letzte Geleit. Ueber 25 Jahre stand Meyer bereits im Dienst der Verkehrs-Gesellschaft, als ihn bei dem Bandenüberfall vor der Filiale der Stadtbank am Charlottenburger Rathaus die Mörderkugel traf. Die Direktion der BVB und der Magistrat waren durch Kranzdelegationen vertreten. Besonders stark war die Anteilnahme der Bevölkerung an dem Begräbnis. Nach der Feier in der Kapelle wurde der Sarg durch ein Doppelpallier, das von BVB-Beamten gebildet war, unter Vorantritt einer Trauerkapelle zur Gruft getragen. Als der Sarg in die Tiefe glitt, ertönte Chorgesang der BVB-Sängervereinigung.

Ein Gedenkstein für Friedrich Ebert.

Im proletarischen Norden, im sogenannten Afrikanischen Viertel, haben die Wohnungsbaugesellschaft „Eintracht“ und der Bau- und Sparverein „Eintracht“ an der Müller-, Swatopmunder, Afrikanischen, Togo- und Windhuker Straße 1418 Kleinwohnungen für Minderbemittelte nach den Plänen der Architekten Medes, Emmerich, Laut und Hofmann errichtet. Die Siedlung hat zu Ehren des verstorbenen ersten Reichspräsidenten den Namen „Wohnsiedlung Friedrich Ebert“ erhalten. Zum Gedächtnis an ihn ist in der Siedlung an der Ecke Afrikanischen und Swatopmunder Straße in einer besonderen Anlage ein Gedenkstein errichtet worden, dessen Grundsteinlegung im Sommer 1929 stattfand. Nunmehr ist die ganze Wohnsiedlung fertiggestellt, und am kommenden Sonntag, 25. September, 12 Uhr, erfolgt die feierliche Enthüllung des Steins, der mit einer von Professor Eberhard Ende hergestellten Plakette geschmückt ist. Die Einweihungsrede hält Genosse Staatsminister Carl Severing.

„Glaubwürdigkeit erledigt.“

Ein netter Zeuge im Prozeß Dr. Weiß gegen „Angriff“.

Am gestrigen vierten Verhandlungstage des Prozesses gegen die „Angriff“-Redakteure Dr. Cippert und Krause wegen Beleidigung und Verleumdung des Polizeipräsidenten Grefenstki und des Polizeioberpräsidenten Dr. Weiß wurde zunächst der jetzige Leiter des Spielerdejnernals, Kriminalpolizeirat Böse, als Zeuge gehört.

Er bekundete, daß auch während seiner Tätigkeit im Dejnernat die schon bestehenden Gepflogenheiten gegen die geschlossenen Klubs beachtet worden seien und daß darin auch nach dem Ausscheiden von Dr. Weiß aus der Polizei keine Änderung eingetreten sei. Auf Befragen von Rechtsanwält Dr. Krasas sagte der Zeuge noch aus, er habe gefühlsmäßig den Eindruck, daß Kriminalkommissar Greiner Dr. Weiß feindselig gesinnt sei. Greiner habe nämlich einmal verlauten lassen, daß er sich alles notiert habe und bei Gelegenheit damit aufwarten werde. Hierauf wurde Oberregierungsrat Dr. Kopp über die Vernehmung des Zeugen Bast gehört. Bast hatte bekanntlich in der letzten Sitzung unter seinem Eide ausgesagt, Dr. Kopp habe im Polizeipräsidium bei der Vernehmung ihm auszufragen versucht, daß er Conrad Weiß 2000 Mark gegeben habe. Dr. Kopp hatte dies sofort als unwahr bezeichnet und wies heute seine Bekundung an Hand der Akten urkundlich nach. Die Aussage von Bast, er, Dr. Kopp, hätte ihn zu beeinflussen versucht, er hätte keine 2000 Mark gezahlt, sei unwahr. Aus dem Protokoll gehe vielmehr hervor, daß Bast ausdrücklich auf die Unglaubwürdigkeit seiner Aussage, daß er Conrad Weiß, dem Bruder von Dr. Weiß, nichts bezahlt habe, hingewiesen worden sei. Dr. Kopp teilte ferner mit, daß Bast der Inhaber zweier Absteigequartiere sei, daß gegen ihn ein Verfahren wegen Kuppel schwebte und daß er bereits in der Landesirrenanstalt Teupitz war. Der Zeuge Bast wurde hierauf noch einmal aufgerufen, und der Vorsitzende legte ihm mehrere Fragen vor. Bast schränkte seine Aussage, daß man ihn im Polizeipräsidium beeinflusst habe, wesentlich ein und erklärte lediglich, er habe Anläße gemacht, zu erzählen, daß er Conrad Weiß Geld gegeben habe. Bast

erklärte dann plötzlich, Conrad Weiß habe ihm gesagt, er habe Geburtstag und dann bekäme er von seinem Bruder wieder eine Nachkonzeßion geschenkt. Der Nebenkläger Dr. Weiß erklärte sofort, daß diese Behauptung unwahr sei. Bast schilderte weiter, daß er während des Krieges als Soldat infolge Unterernährung gelähmt war und deshalb in die Irrenanstalt gekommen sei, mußte aber auf weitere Fragen zugeben, daß er nur in Gent und an der dänischen Grenze und nicht an der Front gewesen sei. RA Krasas: „Haben Sie nicht im Jahre 1917 eine einjährige Festungshaft verbüßt, weil Sie einen Brief eines russischen Offiziers besördert haben?“ — Zeuge: „Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.“

Vorf.: „Wenn Sie sich an eine einjährige Festungshaft nicht erinnern können, dann ist allerdings Ihre Glaubwürdigkeit erledigt.“

Polizeirat Krüger, der hierauf vernommen wurde, bekundete, daß ihm kein einziger Fall bekannt sei, in dem ein Vorgehen gegen geschlossene Spielklubs von Dr. Weiß unterdrückt worden sei. Auf den verschiedensten Gebieten der Kriminalpolizei gebe es ungeschriebene Regeln zu dem Zweck, ein überflüssiges Einschreiten zu verhindern, denn es sei selbstverständlich, daß man gegen anständige, unbescholtene Leute anders vorgehe als gegen bekannte, gewerbmäßige Verbrecher.

Die Verhandlung wurde schließlich auf Freitag vertagt, und zwar wird an diesem Tage die gesamte Beweisaufnahme geschlossen werden.

„Haarglanz“ macht die Frisur haltbar! Er verleiht dem Haar Straffheit und Schmiegsamkeit zugleich. Daher nimmt es Ondulation und Dauerwellen leicht an und hält ihre Form unverändert fest. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Sorte!

Besuchen Sie das

OSRAM

MUSEUM

20 000 Glühlampen zeigen den Werdegang von der ältesten Glühlampe bis zur Neuzeit.

Besuchszeit: Montag, Mittwoch, Freitag 10-3

Berlin O 17 Ehrenbergstr. 11-14

gehört. Verteidiger: Ich denke Sie haben keine Waffe? Zeuge: Aber das Geräusch kenne ich. Verteidiger: Woher denn? Zeuge: „Man hat mir erzählt wie das klingt. Verteidiger: Wer denn? Zeuge: Das sage ich nicht. Verteidiger: Sie bleiben dabei, daß Sie noch nie dabei waren, wie eine Waffe entzündet wurde und behaupten, das Geräusch nur vom Hörensagen zu kennen? Zeuge: Jawohl. Angeklagter Krüger: Es will mir vorkommen, als ob dieser Zeuge zwischen den Häusern der Röntgenstraße 2 und 3 gestanden und geschossen hat. Ich kenne ihn an der Kleidung wieder. Ich habe das auch auf der Polizei abgegeben. Zeuge: Ich bin es nicht gewesen. Vors.: Landgerichtsdirektor Tolk: Also der Zeuge sagt, er ist es nicht gewesen. Der Zeuge darf sich setzen...

Bierfacher Selbstmord.

Oberregierungsrat geht mit Schwestern in den Tod.

Gauting bei München, 21. September.

Der 61 Jahre alte Oberregierungsrat Dr. Juch hat sich heute erschossen. Gleichzeitig vergifteten sich durch Gas seine beiden Schwestern, die 71 Jahre alte Frau Luä und die 66jährige Frau Ling sowie deren 42 Jahre alte Tochter Elise Ling. Wirtschaftliche Sorgen sollen den Anlaß zu der Familientragödie gebildet haben.

Hechingen (Württemberg), 21. September.

An der Gartentür eines am Stadtrand gelegenen Gartens wurden heute früh ein Mann und eine Frau erstochen aufgefunden. Das zu der Tat benutzte Messer lag neben den Toten. Es handelt sich um zwei ältere Leute aus Stetten bei Hechingen. Nach der Untersuchung hat der Mann zuerst der Frau und dann sich selbst die Kehle durchschnitten. Der Mann, der verheiratet war, unterhielt mit der getöteten Frau ein Jahrzehnte altes Liebesverhältnis.

Anklage gegen „Jugenderzieher“.

Die Pfadfinderschule des Oberleutnants a. D. Mummy.

Die Staatsanwaltschaft II hat gegen den früheren Oberleutnant Alfred A. Mummy aus Berlin-Friedenau Anklage wegen Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung sowie wegen Vergehens nach § 176 Abs. 3 erhoben. Es handelt sich um insgesamt fünf Fälle, in denen Mummy sich an Jugendlichen, die zu der von ihm gegründeten „Schwarzen Pfadfinderschule“ gehörten, vergreifen haben soll.

Das Verfahren gegen den „Jugenderzieher“ schwebt schon seit längerer Zeit, und auf Grund neuerer Ermittlungen sind auch einige weiter zurückliegende Fälle noch einmal untersucht worden, so daß noch mit einer Nachtragsanklage zu rechnen ist. Der Polizei soll Mummy schon seit langem verdächtig gewesen sein, ohne daß sich ihm jedoch etwas Strafbares nachweisen ließ. Erst durch eine nach Pfingsten von den Eltern einiger Pfadfinder erstattete Strafanzeige ist die Affäre ins Rollen gekommen. Rund 90 Jugendliche, die zu der Pfadfinderschule Mummys gehörten, wurden über die Behauptung vernommen, daß M. sich bei Ausflügen, und zwar insbesondere bei einer Pfingsttour, grobe Mißhandlungen und andere Uebergriffe gegen die seiner Obhut anvertrauten Jungen als Strafe für angebliche Vergehen schuldig gemacht haben soll. Auf Grund des Ermittlungsergebnisses hat nunmehr die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Das Hauptverfahren kommt vor die Große Strafkammer des Landgerichts III, Termin ist jedoch noch nicht anberaumt.

Rücksichtslosigkeiten.

Man schreibt uns aus Brestkreuzen:

Straßenerneuerungsarbeiten sind naturgemäß mit Geräusch verbunden, das ist nicht zu ändern, wohl aber dürfen die Anwohner erwarten, daß nicht notwendiger Lärm vermieden wird. Zur Zeit werden in der Stromstraße Straßenbahnarbeiten ausgeführt (Unterbau und Schienen erneuert) und zwar schon seit mehreren Wochen. Augenblicklich werden die Schienenkreuzungen an der Strom- und Perleberger Straße ausgetauscht. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden die Anwohner plötzlich durch ein Getöse (gegen 1/3 Uhr) aus dem Schlafe geschreckt und viele stürzten an die Fenster, um zu sehen, was los ist. Und was war es? Die ausgewechselten Schienen wurden mit schweren Hämern auf der Straße zu kleineren wohl leichter zu transportierenden Stücken zerhackt. Das ist eine Arbeit, die wohl außerhalb der Straße gemacht werden kann, nur müssen eben die Schienen im ganzen abtransportiert werden. Es gibt ja auch in unserem Wohnkreis noch Leute, die bis spät am Abend zu arbeiten haben und die nötige Ruhe gebrauchen, denen aber auf diese Weise die Ruhe genommen wird.

Die Straßenerneuerungsarbeiten werden von der Straßen- und Tiefbaufirma Georg Baumann ausgeführt, aber doch wohl unter Verantwortung der B.B., die sich wohl im Interesse der Anwohner um die Ausführung kümmern sollte.

Kampf um eine Wohnung.

Einheitsfront in der Praxis.

Wie die von den Kommunisten gepredigte Einheitsfront von ihnen aufgefaßt wird, möge nachstehendes Erlebnis zeigen.

In einer Straße des Berliner Nordens wohnt unser Genosse D. mit Frau und Kind möbliert — Miete 40 M. Im gleichen Hause wird am 2. Juni eine Wohnung abgegeben. Der bisherige Inhaber verpflichtet sich, seine Wohnung in Berlin zu beanspruchen, und zieht auf seine Laube. Vom Wohnungsamt bekommt D. die Wohnung auf seinen Antrag zugewiesen. Der vorige Inhaber kann seine Möbel nicht alle in seiner Laube unterbringen und bittet unseren Genossen, diese auf dem zur Wohnung gehörigen Boden unterstellen zu dürfen. Dieser sagt zu. Man verabredet, die Möbel am 9. August auf den Boden zu bringen. Wer nicht erscheint, ist der vorige Inhaber. Der Hauswirt fordert jetzt unseren Mann auf, auf seine Verantwortung die Möbel auf den Boden zu tragen. Was auch geschieht. Am folgenden Tage erscheint der alte Inhaber, ein Kommunist, mit einer Kette seiner Leute und schlägt Krach über den angeblichen Hausfriedensbruch. Der Rabaulkolonne gegenüber verschwiege er, daß er selbst unserem Genossen die Schlüssel übergeben hatte. — Man kann sich nicht einigen, denn der KPD-Mann will jetzt seine Wohnung wiederhaben — jedoch nicht die 2 1/2 Monate rückständige Miete

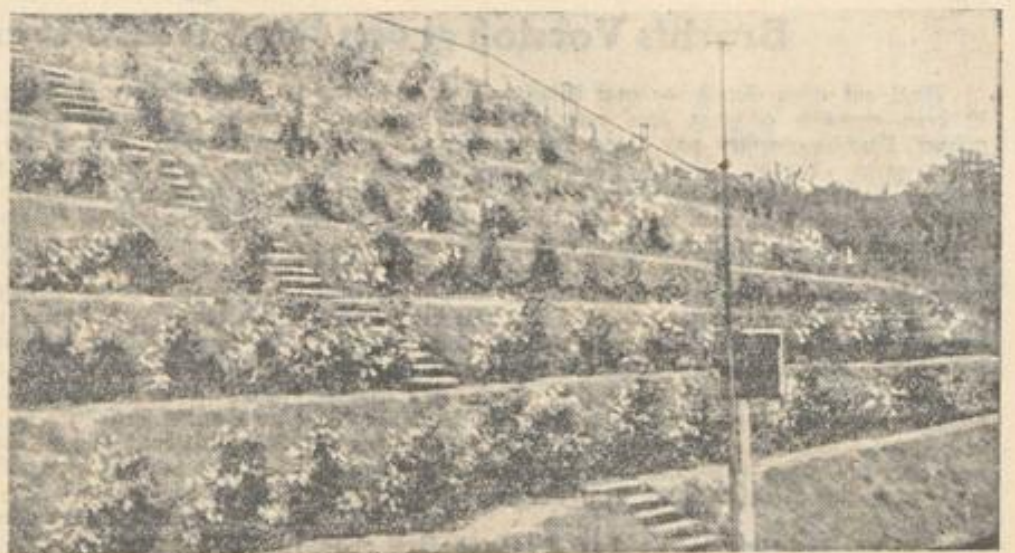
Rebenhügel an der S-Bahn.

Berlin hat wieder einen Weinberg.

Eine alte, längst verklungene Mär wird wieder lebendig, wenn man mit der S-Bahn nach Pichelsberge fährt, die Geschichte von der alten Weinstadt Berlin. Hier am profaischen Bahndamm feiert sie ihre seltsame Auferstehung. Man entdeckt, daß der sonnige Hang, der den Bahnhof von Pichelsberge säumt, ein echter, ein richtiger, mit allen Feinheiten angelegter und gepflegter Weinberg ist.

Wie an der Mosel, wie am Rhein, am Main und wie die deutschen Weinstädte alle heißen, stehen die Reben hochgebunden in Reih und Glied. Sogar eine saubere Treppe führt zu der Höhe dieses Weinberges empor. Alles, was auf den Bahndämmen steht, gehört der Eisenbahn. So gehören auch die Reben der Eisenbahn, und selbstverständlich auch die Trauben. Jahr um Jahr werden hier einige Zentner dieses Sonnengesichts geerntet. Die Stationsbeamten und die Streckenarbeiter, die angesichts dieses Weinbergs ihren Dienst verrichten, betrachten dann mit wehmütigen Gefühlen die goldenen Trauben, die wahrscheinlich in irgendwelche geheimnisvollen Büros verschwinden. Wo sie eigentlich hinkommen, weiß keiner so recht zu sagen. Als man vor einigen Jahren mit der Kultur des Rebenberges begann, da wollte es mit dem Weinbau nicht so recht vorwärts gehen. Allmählich aber gewöhnten sich die Pflanzen doch an den Berliner Sand und an die gute Berliner Sonne, die ja besonders in diesem Jahre die sonst im Equator übliche Glut bescheerte. Und wenn man bedenkt, daß Berlin etwa bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts eine weinbauende Stadt war, in der man ein volles Quart, das sind 1,145 Liter, Wein für 12 Pfennig trinken konnte, dann versteht man, daß hier in Pichelsberge der Geist der Vergangenheit aufs neue lebendig geworden ist. Man sollte den

Bahnhof umtaufen. Wie wäre es mit Weinbergsdamm? Und vielleicht sollte man aus den Zentnern edlen Pichelsberger einen Wein keltern, der etwa den Ruf des kostbaren und einzigen Bern-



Der Reichsbahn-Weinberg bei Pichelsberge

castler Doctors erringen könnte. Die kleine Menge würde den Ruf der Seltenheit erhöhen! Und wie wäre es, wenn die Reichsbahn sich entschloße, alle ihre sonnigen Hänge an den deutschen Eisenbahnstrecken für den Weinbau nutzbar zu machen? Das ergäbe den deutschen Reichsbahnwein, den der Reisende von den Keilern der Mitropa serviert bekäme. Unter den verschiedenen Sorten, die dann kredenzt würden, müßte der Pichelsdorfer schon um der Tradition willen die kostbarste Marke sein! Und Markenartikel pflegen ja sogar in diesen Zeiten ihren Wert zu behalten. Schließlich könnte dann die Reichsbahn mit dem Hinweis auf die Güte ihrer Weine endlich wirklich einmal mit Fug und Recht behaupten, daß sie der Öffentlichkeit reinen Wein einschenkt!

Drei Opfer eines Giftmischers.

Ein Rauchtakt in der Familie.

In dem kleinen Landort Klein-Partlow im nördlichen Teil des Kreises Hoyerwerda hat sich eine furchtbare Tragödie ereignet. In der Familie des 61jährigen Türke starb am Montag unter Vergiftungserscheinungen plötzlich Türkes Schwiegersohn, der 32jährige Arbeiter Groba, dem am Tage darauf sein 36jähriger Sohn Richard in den Tod folgte. Grobas Ehefrau sowie deren Vater Türke wurden heute nachmittag ebenfalls unter Vergiftungserscheinungen in das Senftenberger Krankenhaus eingeliefert. Kurz nach seiner Einlieferung verstarb auch der Vater Türke, während seine Tochter in hoffnungslosem Zustande darniederliegt. Unter den dringenden Verdacht, den Giftmord an seinen Schwager, Schwiegersohn und Neffen verübt zu haben, wurde nach der Berichtigung der ersten beiden Todesopfer der 35jährige Säuhmacher Jusf, der Ehemann der zweiten Tochter Türkes, verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis Hoyerwerda zugeführt.

Türke betrieb mit seinem Schwiegersohn und seinen beiden verheirateten Töchtern eine kleine Landwirtschaft, während der der Tat verdächtige Jusf längere Zeit abwesend und erst kürzlich zurückgekehrt war. Zwischen Türke und Jusf entstand nach der Rückkehr Jusfs ein gespanntes Verhältnis, da Türke es ablehnte, seinen Schwiegersohn im Hause aufzunehmen. — Jusf pflegte das Mittagessen für die ganze Familie zu bereiten. Obwohl er selber, seine Frau und sein Kind von jeglichen Vergiftungserscheinungen verschont geblieben sind, bestreitet er jede Schuld. Die Sezierung der Leichen hat Spuren von Arsen ergeben.

Polizeibeamter schwer verunglückt.

Vor seiner Wohnung in der Rudower Straße 112 in Briz ist gestern der Polizeihauptwachmeister Walter Heischel von der Radfahrgruppe Süd schwer verunglückt. Er wollte auf seinem Motorrad eine Fahrt unternehmen, als er beim Wenden mit einem Doppelspänner zusammenprallte. Der Beamte wurde überfahren und erlitt schwere Beinverletzungen. Er fand im Polizeikrankenhaus in der Schornhorststraße Aufnahme.

Auf dem Wedding wurde der 11 Jahre alte Schüler Joachim Jäger aus der Scheererstraße mit seinem Fahrrad von einem Privatauto überfahren. Der Junge wurde mit einem schweren Schädelbruch ins Birchow-Krankenhaus gebracht. Ein weiterer schwerer Verkehrsunfall trug sich auf der Margahner Chaussee in

Friedrichsfelde zu. Dort wurde der 22 Jahre alte Radfahrer Willi Striebig von einem Privatauto überfahren und schwer verletzt. Der Verunglückte fand im St.-Antonius-Krankenhaus Aufnahme.

Gasgefahr aus der Erde.

Ungeklärte Vergiftungen in Breslauer Vorort.

Breslau, 21. September. (Eigenbericht.)

Ein tragischer Unglücksfall, dem fast eine ganze Familie zum Opfer gefallen wäre, wird aus dem Breslauer Vorort Oswig gemeldet. In einem in der Prottscher Straßen liegenden Hause wurde heute früh gegen 7 Uhr harter Gasgeruch wahrgenommen. Als die Hauseinwohner dem Geruch nachgingen, fanden sie in der Erdgeschosswohnung eine 39jährige Witwe mit vier Kindern mit schweren Vergiftungserscheinungen vor. Da sich im ganzen Hause keine Gasleitung befindet, nimmt man an, daß das Gas von draußen aus einer vermutlich bei Erdarbeiten beschädigten Rohrleitung durch die Erde und dann durch die Wäden zwischen den Fußbodenbrettern in die Wohnung gedrungen ist. Das jüngste der vier Kinder, dessen Bett in der Nähe einer besonders schadhaften Stelle der Diele stand, ist im Laufe des Mittwochnachmittags seinen Vergiftungen erlegen.

Ein Lehrer unterschlägt 140 000 Mark.

Der Volksschullehrer Hartwig aus Baaren (Osthavelland) wurde, nachdem der Vernehmungsrichter beim Landgericht III gegen ihn Haftbefehl erlassen hatte, am Dienstagmittag in das Raabiter Unterfangungsgefängnis eingeliefert. Der Lehrer wird beschuldigt, als Leiter der Rebenstelle Baaren der Kreispartkasse Raaren einen Betrag von insgesamt 140 000 Mark unterschlagen zu haben. Erst vor etwa drei Monaten sind die Fälschungen, die sich auf mehrere Jahre erstrecken, ans Tageslicht gekommen. Die Spareinlagen der Kreispartkasse Raaren sind durch den Verlust, wie verlautet, nicht gefährdet, da genügend Reserven vorhanden sind.

12 Millionen Wohlfahrtsbriefmarken verkauft.

Von den Wohlfahrtsbriefmarken der Ausgabe 1931/32 zugunsten der Deutschen Rothilfe sind insgesamt 11 917 000 Stück verkauft worden. Der Ertrag, der zum größten Teil bereits von den örtlichen Wohlfahrtsstellen zur Verringerung der Winternot verwendet wurde, beläuft sich auf 610 000 Mark. Die Vorbereitungen für den Vertrieb der diesjährigen Wohlfahrtsbriefmarken für die Deutsche Rothilfe sind im Gange. Der Wohlfahrtsbriefmarkenverkauf wird wiederum einen Teil des großen deutschen Winterhilfswerkes bilden.

Kirchenaustritt. Das Kirchensteuerjahr geht seinem Ende entgegen. Wer bis zum 31. Dezember aus der Kirche ausgeschieden ist, ist ab 1. April 1933 von der Zahlung der Kirchensteuer befreit. Um allen denen, welche am Tage ein Amtsgericht nicht aufsuchen können, Gelegenheit zum Austritt aus der Kirche zu geben, veranstaltet die Freireligiöse Gemeinde Berlin am Freitag, dem 23. September, abends von 6 bis 8 Uhr, in der Pappellallee 15 einen Kirchenaustrittsabend. Rotariatsgebühr pro Person 2 Mark. Legitimation ist mitzubringen.

Französisches Konzert im Lehrervereinshaus. Im Rahmen ihrer Abende veranstaltet die Gesellschaft für Konationale Erziehung G. V. am Sonnabend, dem 24. September, abends 7.30 Uhr, im Bankettsaal des Lehrervereinshauses, Alexanderplatz, ein französisches Konzert. Ausführende sind: Mme. Miette Ruthesius, Mme. Lauru-Pafekolog, Frä. Gertrud Schiemann. Nach dem Konzert gefälliges Beisammensein. Bäfte sind sehr willkommen. Eintritt 50 Pf. einschließlich Steuer.

Kaffee Hag — Preis den Zeiten angepaßt. 31% billiger als 1930. Dabei Qualität unverändert: die beste.

Autarkie für den Kochtopf?

Propaganda für teure Lebensmittel.

Um Deutschland wachsen die Zollmauern. Wie im Kriege erleben sich wieder Stimmen aus dem Lager der Wissenschaft, um dem Volke den Verzicht auf Auslandswaren mit kunstvollen Beweisen als außerordentlich zweckmäßig darzutun. Bananen und Orangen, die wegen ihres hohen Vitamingehaltes bereits in der Säuglingsernährung wichtig sind, werden von medizinischen Kapazitäten plötzlich als „überflüssig“ erklärt. Durch gutes, einheimisches Obst sollen diese Früchte leicht zu ersetzen sein. Aber Bananen, im Winter auch Orangen, kauft man für wenige Pfennige. Gutes, einheimisches Obst dagegen ist für den Arbeiterhaushalt unerschwinglich.

Die Preisspanne zwischen ausländischen und inländischen Lebensmitteln spielt heute im Arbeiterhaushalt eine große Rolle. Wer kann es sich leisten, 10 Pfennig und mehr für das „Deutsche Frischei“ zu bezahlen? Die Arbeiterfrau ist froh, wenn sie auf ihren Tisch Einfuhrereier für 6 oder 7 Pfennig das Stück bringen kann, und braucht sie mal, vielleicht für einen Kranken, ein besonders gutes Ei, dann nimmt sie gewöhnlich ein dänisches, weil das größer ist.

Auch die Einfuhr von Fettwaren möchten unsere Großhändler am liebsten ganz abgedrosselt sehen. Dabei sind tropische Fette und Öle heute nicht nur unentbehrliche Bestandteile für die Fabrikation der „Butter“ des kleinen Mannes, die Margarine, sondern sie sind auch im unvorstellbaren Zustande besonders wohlfeile und ausgiebige Küchenfette. Vor allem das Kokosfett, das pro Pfund etwa 30 Pf. kostet, ist wegen seines nahezu hundertprozentigen Fettgehalts für die Hausfrau wichtig. Kokosfett und Öle haben den höchsten Nährstoffgehalt von allen Fettsäuren; ein Viertelpfund davon entwickelt im Körper etwa 1150 Kalorien, ausgebratenes Schmalz dagegen nur 1000 bis 1100, Margarine 800 bis 1000. Butter entspricht an Kalorienwert der Margarine, ist aber ihrer besonders leichten Verdaulichkeit und ihres Vitamingehalts wegen viel bedeutender für die Ernährung. Aber welche Hausfrau kann sie ihrer Familie heute noch vorsetzen?

Fleisch und Wurst werden im Nährwert vielfach überschätzt. Kürzlich war im „Vorwärts“ in dem Artikel „Wurst schlägt Käse“ davon bereits die Rede. Halbfettkäse, d. h. der wohlfeilste Limburger, Komodur, Holländer, hat pro Viertelpfund einen Ernährungswert von 300 Kalorien, Margarine (Harzer, Kuhkäse usw.) einen Wert von 210, vollfetter Schweizer, Tilsiter, Holländer sogar von 525 Kalorien. Quark (Weißer Käse) ergibt zwar pro Viertelpfund nur etwa 100 Kalorien, doch ist er infolge seines Gehalts von Vitaminen, organischen Salzen und leichtverdaulichem Eiweiß dem Körper besonders zuträglich. Vor allem in der Kost der Kinder und der alten Leute sollte er eine wichtige Rolle spielen; er ist — ebenso wie saure Milch — dem empfindlichen Verdauungsapparat viel zuträglich als größere Mengen süßer Milch, die im Magen grobkörnig und dadurch verhältnismäßig schwerverdaulich gerinnt.

Der billige Auslandskäse hat auch die Preise auf dem inländi-

chen Käsemarkt etwas herabgedrückt. Halbfetter und dreiviertel-fetter Tilsiter Blockkäse ist zur Zeit recht wohlfeil, allerdings steht er im Preise oft nur wenige Pfennige unter den vollfetten holländischen und dänischen Käsearten.

Billige Blut- und Leberwurst, mit der in der Hauptsache im Arbeiterhaushalt der Wurstbedarf gedeckt wird, entwickelt pro Viertelpfund nur 120 bis 180 Kalorien, beste Qualitäten 250 bis 300; Wiener Würstchen und ähnliche Fleischwaren ergeben pro Viertelpfund 200 bis 220 Kalorien. Die hauptsächlichsten Fleischsorten liefern in einem Viertelpfund dem Körper an Kalorien: Rind mager 140, fett 200; Schwein mager 175, fett 225; Hammel mager 140, fett 170; Schinken roh, geräuchert 235, gefocht 310.

Einen in bezug auf den Preis verhältnismäßig hohen Nährwert haben dagegen Fische, vor allem der fettreiche Hering. (Der Karpfen ist ihm ungefähr gleichwertig.) Ein Viertelpfund frischer Heringe (Heringfleisch) verwandelt sich im Körper in 85, ein Viertelpfund fetter Salzhering in 190, ein Viertelpfund Bückling in 115 Kalorien. Aber selbst Heringe gehören zu den Einfuhrartikeln, die das Zollgewicht der Reichweite des Proletariats immer mehr entzieht.

Wenn man an Hand dieser Kalorienaufstellung die wichtigsten Nahrungsmittel im Arbeiterhaushalt miteinander vergleicht, so darf man dabei selbstverständlich nicht etwa zu dem Schluss kommen, daß man ohne weiteres die Kalorien des einen Nahrungsmittels durch die eines anderen ersetzen könne. Zwar drückt jede Kalorie dieselbe Ernährungseinheit aus; der Körper braucht jedoch verschiedene Nahrungstoffe. Von den Stärkemehl- und zuckerhaltigen, die in Gestalt von Brot, Kartoffeln und Zucker hauptsächlich im Haushalt vertreten sind, war hier gar nicht die Rede; unentbehrlich sind selbstverständlich auch sie, und Mehl und Zucker sind natürlich ebenfalls durch Zölle und Steuern kräftig im Preise heraufgeschraubt. Außer diesen Zuckern — auch mehthaltige werden vom Körper in solche umgewandelt, deshalb werden sie wie der Zucker den Zuckerkranke verboten — bedarf der Körper Eiweiß und Fett zu seiner Erhaltung. Das Eiweiß ist im Weizen des Weizens, für die Ernährung wichtiger jedoch in Hafer, Hülsenfrüchten, Milch, Käse, Fisch und Fleisch enthalten; auch Rühle sind stark eiweiß- und fetthaltig; sie spielen darum in der Ernährung der Vegetarier eine wichtige Rolle. Wenn die Hausfrau die Eiweißkalorien des Fleisches zum größten Teil durch hochwertiges Käse ersetzt, so kann sie das ohne irgendwelchen Schaden für die Ernährung ihrer Familie tun. Ebenso kann sie die Kalorien aller Fettstoffe untereinander austauschen.

Das Hungereinkommen in den meisten proletarischen Familien macht ja ohnehin ihren Küchenzettel mangelhaft genug. Es ist notwendig, das Wenige so nützlich für die Familie wie nur irgend möglich anzulegen. Es ist aber ein Hohn, wenn neulich im Berliner Rundfunk den Hörern empfohlen — nein: befohlen — wurde, nicht etwa das Beste und das Billigste, sondern auf jeden Fall das Deutsche zu kaufen.

2500 Choleraopfer in China

Schanghai, 21. September.

In dem nordchinesischen Bezirk Jungki hat sich die Cholera mit großer Schnelligkeit ausgebreitet und bereits über 160 Dörfer heimgesucht. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich bisher auf etwa 2500.

„Die Frau im Hermelin“ in der Rotter-Inszenierung erfreut in der 2. Hälfte dieses Monats die Besucher der Plaza. Gilberts Musik wird unter der Leitung des Dirigenten Franz Richard Haas sehr wirkungsvoll zu Gehör gebracht. Igo Gutmann ist hier der beliebte singende Held. Aber auch die anderen Darsteller, unter ihnen Waldemar Frahm, Grete Sedlich, Max Tobien, Armin Münch, Erna Benzer, waren dem munteren Werk stimmlich durchaus gewachsen. Der Beifall war so herzlich wie immer an dieser Stelle.

Wetterausichten für Berlin. Teil heiter, teils wolfig, nachts sehr kühl, Tagstemperaturen wenig geändert; mäßige nordwestliche Winde. — Für Deutschland. Im Westen und Südwesten vorwiegend heiter, in höheren Lagen Nachtfrostgefahr; im Süden und Südosten Wetterbesserung, in Mittel- und Norddeutschland stellenweise heiter, im Nordosten noch Regenneigung.

Eine Fokierung durch den Flughafen Tempelhof und seine Hallen mit Anstellung von Amateuraufnahmen veranstaltet Schriftsteller B. Staebe am Sonntag, 25. September, 10½ Uhr. Treffpunkt vorm Flughafengebäude, Endhaltestelle der 72.

Modenreigen bei Wertheim.

Das Haus Wertheim, Leipziger Straße, zeigte das Modemodell der neuen Saison. Der Heimgedanke hat sich auch auf modischem Gebiet einen Vorbertrag erobert, man sieht vielfarbige, vielseitig verarbeitete Hauskleider im Almondcharakter, im allbeliebten Hosenstil und im reich garnierten, marabu- oder spigen-geschmückten häuslichen Teelied. Die Straßenkleidung bevorzugt für den Vormittag leichte, schmieglame Stoffe, allen voran Angoragewebe, in Rosa, einem zarten Braun (café au lait), tinteblau, grün und maronfarben. Die Kleider sind schlicht und flott gehalten, sie zeigen vielfach Metallknopfgarnituren, Hals- und Kermelgarnituren aus Pike und als Abschluss am Halse eine feine geschlungene Krawatte aus dem Stoff des Kleides oder aus Vel. Die Mäntel haben sportliche Passons mit Schalfragen oder breiten Revers, die besondere Liebe gehört beim Kleid wie beim Mantel dem Aermel, der in reichen Variationen Püffchen, Keulen oder Schrägmanschetten zeigt. Für den Nachmittag und Abend sieht man Crepe Maracain, Velour, Chiffons, Lindener Samt in blaue, schwarz, korallenrot und einem kräftigen Blau. Die Kopfbedeckung geht ganz neue Wege. Die am Hinterkopf balancierende Mütze ist in Licht und Sonn getan, man bedeckt jetzt wieder das Haar und trägt Hüte, die vorne aufgeschlagen, hinten hoch sind, dann Boleroformen und Kappen in Samt, Filz oder beides kombiniert. Der Phantasie der Schneiderin und dem Geschmack der Trägerin sind keine Grenzen gesetzt, es gibt kein modisches Gezeig, weder in bezug auf Taillehöhe noch Rocklänge oder sonstiger Verarbeitung. So sieht man Mannigfaltiges, für jedermanns Geschmack etwas.

Preisabbau — Kaffee Hag. Besondere Beachtung verdient der Hinterrück der Kaffee-Hag-Gesellschaft auf die Preisentwicklung ihres Kaffees: Es wird festgestellt, daß der koffeinfreie Kaffee Hag heute nicht teurer ist als anderer guter Bohnenkaffee. Seit dem Jahre 1930 sind die Preise für Kaffee Hag um nicht weniger als 31 Proz. herabgesetzt worden. Deshalb kann sich heute jeder, der Kaffee trinkt, auch Kaffee Hag leisten. Kaffee Hag ist niemals schädlich und im Geschmack von anderem Bohnenkaffee feinsten Qualität nicht zu übertreffen.

Das Vertrauen aus Marke. Einet Glühlampe können Sie es als Laie nicht ansehen, ob sie gut ist. Sie haben auch nicht zu Hause die Meßinstrumente, mit denen man feststellen kann, ob die Glühlampe im Bereich zu ihrem Wertverbrauch, den Sie laufend bezahlen müssen, so hoch ist, wie es der heutige Stand der Technik möglich macht. Der Kauf von Glühlampen ist deshalb Vertrauenssache. Wenn Sie aber Lampen kaufen, die den Markennamen „Osram“ tragen, dann haben Sie auch ohne eigene Messungen die Gewißheit, daß diese Lampen dem Höchststand der Technik voll entsprechen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Hoppegartener Stuten-Preis
Achtung! **Achtung!**
Verwaltungsmittglieder! **Hoppegarten**
 Freitag, den 23. September, abends
 7 Uhr, Sitzung der Mittelrenn-Organisation. **HEUTE, 3 UHR RENNEN**
 Die Ortsverwaltung.

| Erstklassige Qualitäten | |
|--|-----------------|
| Feinster Weinbrand-Verschnitt *** | Liter 2,85 2,25 |
| Reiner deutscher Weinbrand *** | 3,80 2,95 |
| Feinster Jamaika-Rum-Verschnitt | 3,70 2,90 |
| Pa. Nordh. Branntw. v. Richtenberger ca. 32% | 2,25 1,85 |
| Extra prima Getreidekorn 40% | 3,20 2,50 |
| Prima Edelliköre, alle Sorten | 2,45 |
| Prima deutscher Wermut „Triestine“ | 0,85 0,70 |
| Original ital. V. Vermouth | 1,15 0,95 |
| Original süße Südwine | 1,20 0,95 |
| Original spanischer Rotwein | 1,00 0,80 |
| Echte weiße, süße und rote Bordeauxweine | — 1,50 |
| Prima deutsche Weißweine | 0,80 0,50 |

bei **Preis exkl. Glas**

Extra-Angebot „1925—30 Tischweine“ nur 0,80
 Prima Dessertobstweine, süß Liter von 0,70 an
 Erstklassige Fruchtsäfte, ganz rein Liter 1,30—1,45

Ausschank vom Faß vom kleinsten Quantum ab
 Kostproben gratis in allen mit * versehenen Geschäften

| | |
|---------------------------|---|
| *N. Brunnenstraße 42 | *Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 157 |
| *N. Müllerstraße 144 | *Neukölln: Berliner Str. 12, Hermanns- |
| *N. Chausseestraße 76 | straße 27 und Bergstr. 66 |
| O. Koppenstr. 87 | *Schöneberg: Kolonnenstraße 7 |
| *N. Prenzlauer Allee 50 | *Oberschöneweide: Wilhelminenhofstr. 40 |
| *N. Schivelbeiner Str. 6 | *Spandau: Potsdamer Straße 23 |
| *O. Petersburger Str. 42 | *Weißensee: Berliner Allee 247 |
| *SO. Grünauer Str. 15 | *Tempelhof: Berliner Straße 152 |
| *SO. Köpenicker Str. 121 | *Pankow: Wollankstr. 98 |
| *SW. Bergmannstr. 11 | *Lichtenberg: Wismarplatz 1 |
| *W. Martin-Luther-Str. 84 | Reinickendorf: Markstr. 45 |
| *Steglitz: Schloßstr. 121 | Schmargendorf: Berkaer Straße 5 |
| *NW. Gotzkowskystr. 31 | Potsdam: Charlottenstraße 69 |
| *NW. Wilsnacker Str. 25 | *Oranienburg: Berliner Straße 1 |

Eduard Süßkind

Ferienfahrt im Lieferwagen

Blauer Himmel und lockende Weite ziehen, ungeachtet aller Schwere der Zeit, immer wieder hinaus ins schöne Land. Und man kann auch ohne den Besitz eines Tourenautos der Genüsse des Rheinlandes teilhaftig werden. Es geht auch mit Eisenbahn oder Kraftpost, noch viel schöner aber ist es, wenn man seine große Herbstfahrt im alten „Lieferwägelchen“ machen kann. Die neue Autostraße Köln—Bonn steht einem in der Nase und mit Genuß fliegt die Gemütschule auf Bonn zu. Durch den schönen Kottenforst geht es etwas langsamer, aber die Sehnsucht nach dem Nürnbergring treibt unseren Motor. Da unser Chauffeur ein Herrenfahrer ist, jagt er nicht etwa an den Schönheiten des Landes vorbei, sondern er führt uns zunächst an die Godesberger Wandertanne; dann wird in Altenahr ein wenig Herrotwein getankt, die groteske Felslandschaft und der vorwichtige Kreuzberg bewundert, der mit seinem niedlichen Kapellchen wie eine Filla des Kölner Doms aussieht. Weiter gehts aus dem Bereich der stolzen Burg hinaus auf Kelberg, Daun an die Naare. Hier soll gezeltet werden. Der Abend senkt sich über die Wasser und gewolgt dräuende Gewitterwolken spiegeln sich auf der glatten Fläche des Totenmaars. Nach der Reimung der weiblichen Fahrgäste war es unheimlich, obzwar die Begegnung schaurig-schön zutreffender gewesen wäre. So wurde denn in Eile vor dem Gewitter Wolgas gegeben und über Wanderscheid, Schmiedhelm Kurs auf die Moselstadt genommen.

Unser braves Wägelchen lief gut die Berge hinauf, nun wurde das Motorengeräusch schon vom Donner überschallt. Der Kuhhirt trieb seine Herde vorbei, ein Schäfer führte seine Schafe zu Tal.

Ein kurzer Imbiß aus der Rucaffeeherpflegung und weiter ging's, denn die Blitze mehrten sich. Es wird dunkel und es regnet. Und jetzt beginnt ein Schauspiel von unerhörter Schönheit und Großartigkeit. Die Elemente entladen sich, Blitze zucken in ganz kurzen Abständen und taghell bietet sich uns die nächtliche Eifel in seltsam farbiger Schönheit. Um zehneinhalb Uhr war Trier erreicht und in einem netten, kleinen Hotel wurde gezeltet. Vorher noch ein Besuch der alten „Steipe“ (historische Weinkneipe) und des Domsteins. Am Sonntagmorgen lachte die Sonne und ganz Trier begab sich bereits um sechs Uhr zum Ausflugsbahnhof. Wir aber besuchten das Amphitheater, die römischen Kaiserthermen, das neue Stadtbad und viele andere Sehenswürdigkeiten. Ueber die neue Moselstraße über Schweig, Heherath, Clausen, durchs weingefegnete Riesfeld Bernkastel war bald die schöne Mosel erreicht, die von Hunderten von Paddelbootfahrern bevölkert war. Ueberall an ihren grünen Ufern ward gezeltet und weil wir nun bald in Zeltingen waren, taten wir mit einem Zeltinger Wer das gleiche.

Woan soll man nun mehr schwärmen? Von den endlosen Nebenhängen, von den Burgen, von den uralten Moselsteinern? Man muß das alles einmal selbst erleben, im kleinen oder großen Lieferwägelchen hierher ins Wochenende fahren. Mit noch nicht ganz 30 Liter Benzolverbrauch war uns in zwei Tagen ein prächtiges Erlebnis der Rhein-, Eifel- und Mosellandschaft zuteil geworden; dies konnte sich ein gewöhnlicher Sterblicher vor etwa 30, 40 Jahren, als das Kleinto noch nicht bürgerliches Volksgut war, weil es noch gar nicht existierte, nicht verschaffen.

Bankier Hans Becker, hatte bestritten, daß er von diesen Geschäften seines Angestellten eine Ahnung gehabt habe. Weitere Nachforschungen ergaben aber den dringenden Verdacht, daß der Bankier doch über diese Effektenziehungen im Wilde gewesen sei, er wurde deshalb am Freitag von Beamten der Zollfahndungsstelle festgenommen und am Sonnabend dem Richter vorgeführt, der gegen ihn Haftbefehl erlassen hat.

lernt fremde Sprachen!

Anfang Oktober beginnen die neuen Sprachkurse der „Freunde der internationalen Kleinarbeit“ (Fredika). Englisch, Französisch, Spanisch (und bei genügender Beteiligung auch eine Welthilfssprache) werden eingelehrt. Bestehende Kurse in englischer und französischer Sprache nehmen noch einige Teilnehmer auf. Unterrichtet wird nach bewährter „direkter Methode“. Nach 25 Abenden bereits kann jeder Anfänger Ausgenommenes frei erzählen. Dem folgen später interessante Korrespondenzen mit Gesinnungsfreunden sowie gemeinsame Besuche ins nahe Ausland. Anmeldungen zu den Anfängerkursen wie auch den bestehenden Kursen werden recht bald erbeten an die Geschäftsstelle der Fredika: Genosse W. Floerke, Berlin SW 19, Kurfstraße 32, 3 Tr.

Eine neue Devisenaffäre.

Bisher vier Verhaftungen.

Während noch die Ermittlungen wegen der riesigen Effektenziehungen des Dr. Böhmmer und seiner Helfershelfer im Gange sind, kommt die Kunde von einer neuen Devisenaffäre, die zwar nicht ganz an den Fall Böhmmer heranreicht, bei der es sich aber immerhin nach den bisherigen Feststellungen auch um verschobene Effekten im Werte von 1/2 Million handelt, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß sich diese Summe noch erhöhen wird.

Aufgedeckt wurde der Fall durch die vor einiger Zeit erfolgte Festnahme eines Kaufmanns B. in München, der dabei ermittelt wurde, wie er deutsche Wertpapiere aus ausländischem Besitz frei verkaufen wollte. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß er die Effekten von einem gewissen Helmuth Bachmann in Berlin zum Verkauf erhalten habe, und als man diesen festnahm, erklärte er, daß er im Auftrage des Proturisten Hans Kiechau von dem Berliner Bankgeschäft Johann Julius Becker in der Dorotheenstraße gehandelt habe. Kiechau, der ebenso wie Bachmann verhaftet wurde, behauptete, daß er diese verbotenen Transaktionen auf eigene Kappe durchgeführt habe. Der Inhaber der Firma, der

MAGGI'S
Fleischbrühwürfel

• bei allen Hausfrauen beliebt wegen ihrer Güte.
 — 5 Würfel nur 17 Pfg. —

Warnung vor dem Selbstmord.

Der Bauer und die Autarkie / Von unserem agrarpolitischen Bearbeiter.

Der Kampf der beiden heute mächtigsten Gruppen in Deutschland, Großgrundbesitz und Industrie, um die Richtung der Wirtschaftspolitik in der nächsten Zeit ist auf dem Höhepunkt. Das Wapen-Programm, von den industriellen Unternehmern mit Jubel begrüßt, stößt bei den Junkern und ihrem politischen Anhang, den Bauernvereinen, zwar nicht auf Ablehnung, aber die Landwirtschaft fühlt sich benachteiligt, weil ihre beiden dringenden Forderungen, die Kontingentierung der Einfuhr von Nahrungsmitteln und die allgemeine Zins- und Kostenreduzierung, nicht in das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung aufgenommen sind. Zu ihrem großen Schmerz sehen die Herren von Ar und Holm, daß sie in der hochadligen Regierung nicht allein bestimmen, und die grüne Front ist hierüber mächtig erregt.

Graf Kalkreuth vom Reichslandbund hegt den Reichsernährungsminister gegen den Reichswirtschaftsminister, der gegenüber den agrarischen Forderungen nicht ziehen will, und auch die Nazis sehen natürlich nicht. Diesmal ist es der Reichsministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, der den Reichsernährungsminister auffordert zurückzutreten, wenn seine guten Absichten „durch landwirtschaftsfeindliche Minister“ (gemeint ist der Reichswirtschaftsminister Warmbold, der noch vor kurzer Zeit Vertrauensmann der grünen Front war) vereitelt werden. Wir wissen nicht, ob die Drohung der landwirtschaftlichen Interessensvertreter, in Opposition zu Wapen zu treten, wenn er sich ihren Wünschen nicht willfährig zeigt, genügen wird, die Forderungen der Großagrarien durchzusetzen, aber wir wissen.

daß, wenn die Reichsregierung die Forderungen der Landwirtschaft erfüllt, keine Möglichkeit für die Besserung unserer wirtschaftlichen Lage mehr besteht, und zwar auch für die Bauern.

Wir wissen, daß dann die Verelendung der Arbeiter und arbeitslosen Massen weiter fortschreiten wird und daß die Landwirtschaft selber nicht den geringsten Nutzen aus all den geforderten Maßnahmen ziehen wird. Wir wollen hier nicht von der allgemeinen Zins- und Kostenreduzierung reden, die, wenn sie ohne Berücksichtigung der verschieden gelagerten Verschuldungsverhältnisse durchgeführt wird, eine völlige Zerrüttung des Agrarkredits in den nächsten Jahrzehnten zur Folge hat. Hier sollen uns nur die Mähe beschäftigen, die weitere zwangsmäßige Einfuhrbeschränkungen vorsehen.

Die Kontingentierung der Einfuhr wird zwangsläufig zu einer Verringerung unseres Industrieexports führen, denn die uns bisher beliefernden Länder können selbstverständlich weniger Waren von uns kaufen, wenn wir künftig nur noch einen Bruchteil von den Nahrungsmitteln einführen, die wir bisher von ihnen gekauft haben. Eine Senkung unseres Industrieexports bedeutet aber Steigerung der Arbeitslosigkeit und damit Senkung der Kaufkraft der industriellen Arbeiterschaft.

Viel zu wenig beachten die Bauern die schicksalhafte Bedeutung der Kaufkraft der Industriearbeiter für die deutsche Landwirtschaft.

Die kürzlich veröffentlichte Statistik der Verkaufserlöse der Landwirtschaft klärt diese Frage mit aller nur wünschenswerten Eindringlichkeit. Alle Zollerhöhungen, alle Zwangsmassnahmen in den letzten Jahren, die der Landwirtschaft dienen sollten, haben nicht verhindern können, daß die Arbeitslosigkeit, der Lohn- und Gehaltsabbau einen von Jahr zu Jahr stärker werdenden Einfluß auf die Einnahmen der Landwirtschaft ausgeübt haben.

| Jahr | Einkommen der Arbeiter, Angestellten u. Beamten in Milliarden Mark | Verkaufserlöse der Landwirtschaft in Milliarden Mark |
|---------|--|--|
| 1928/29 | 43,8 | 10,3 |
| 1929/30 | 42,2 | 9,8 |
| 1930/31 | 37,1 | 8,9 |
| 1931/32 | 29,7 | 7,3 |

Die Senkung des Einkommens der Arbeitnehmer um 32 Proz. hat also eine fast ebenso große Senkung der Einnahmen der Landwirtschaft, nämlich um 29 Proz., zur Folge gehabt. Die durch Brüning und Wapen verursachte Senkung des Lebensstandards der breiten Massen führte entweder zu einer Verringerung des Abzuges, wie bei Milch und Zucker, oder zu einer katastrophalen Senkung der Preise, wie beim Vieh.

In jedem Fall hat die Landwirtschaft in stärkster Maße das Elend der Verbraucher zu fühlen bekommen. Deshalb ist es auch unverantwortlich von den bezahlten Interessensvertretern der Landwirtschaft,

wenn sie jetzt auf weitere Einfuhrbeschränkungen drängen, die unbedingt zu weiterer Arbeitslosigkeit und weiterer Auspoberung der Bauern führen müssen. Daß die Syndiz der Großagrarien bei diesem Geschehen an erster Stelle stehen, kann nicht wundernehmen. Denn die Preise der unbedingt lebensnotwendigen Nahrungsmittel, wie Getreide und Kartoffeln, an deren Abzug die Rittergutsbesitzer vor allem interessiert sind, haben durch die Krise verhältnismäßig am wenigsten gelitten. Seit 1928/29 sind die Erlöse aus dem Verkauf dieser beiden Feldfrüchte nur um 15 Proz. gesunken und gleichzeitig sanken die Produktionskosten dafür sicher um ebensoviele. Wenn aber die Bauernvertreter in das gleiche Horn blasen, ist das heller Wahnsinn, denn der Abzug an den Erzeugnissen der Bauernwirtschaft, wie Milch, Butter, Fleisch und Eier, ist um das Doppelte, um 30 Proz. zurückgegangen, weil bei der Notlage der Verbraucher der Konsum dieser Erzeugnisse zuerst eingeschränkt wird.

Auch die oft gehörte Behauptung, daß sich mit der gewaltsamen Erzeugung der Einfuhr durch deutsche Erzeugnisse die Kaufkraft der Landwirtschaft für Industrieerzeugnisse heben würde, ist nichts als unverantwortliches Gerede. Denn selbst in der Hochkonjunktur bei hohen Agrarpreisen wurde nur ein Fünftel der deutschen Industrieerzeugung von der Landwirtschaft aufgenommen, während mehr als ein Drittel ausgeführt wird. Die durch die Absperrung der Einfuhr der deutschen Landwirtschaft zu fallenden Mehrerinnahmen sind demnach weitaus geringer als die Verluste, die dadurch entstehen, daß unsere Exportindustrie infolge der deutschen vom Autarkiewahn besessenen Absperrungspolitik ein Abgabegeld nach dem anderen verliert und damit die Kaufkraft der Verbraucher immer mehr geschwächt wird. Fast alle Waren, deren Einfuhr kontingentiert werden soll, kommen noch dazu aus Ländern, die uns mehr abkaufen, als wir von ihnen kaufen. Sollte das Beispiel des durch die Butterkontingentierung schwer beeinträchtigten Abzuges unserer Industrieerzeugnisse nach Dänemark nicht eine genügend abschreckende Warnung sein?

Die Landwirtschaft sollte endlich zu der schon längst mit erschütterlichen Argumenten belegten Erkenntnis gelangen, daß ihre Einnahmen von der Höhe der Kaufkraft der Verbraucher reflexabhängig sind und daß sie sich in ihr eigenes Fleisch schneiden.

wenn sie Forderungen durchzubrüden versucht, die eine Schmälerung des Einkommens der weitesten Verbraucherschichten zur Folge haben müssen. Sie sollte einsehen, daß sie sich lächerlich macht, wenn sie andauernd das Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ als Begründung ihrer Forderungen anwendet, das vor 100 Jahren, als die Landwirtschaft der zahlenmäßig stärkste Berufsweig war, seine Berechtigung hatte. Jetzt gilt das längst nicht mehr. In einer Zeit, in der sich die landwirtschaftliche Produktion in viel stärkerem Tempo entwickelt als die natürliche Nachfrage, gilt nur die Umkehrung des angeführten Sprichwortes: Hat der Verbraucher Geld, hat's die ganze Welt. Die Landwirtschaft hat das brennendste Interesse, bei allen ihren politischen Forderungen in erster Linie dahin zu wirken, daß die Kaufkraft des Verbrauchers erhöht wird. Dazu gehört in erster Linie die Erhaltung unseres Industrieexports und Vermeidung jeglicher Verschlechterungen unserer außenpolitischen Beziehungen. Wer das vernachlässigt, wer das nicht sehen will, knüpft den Strick, mit dem die Landwirtschaft Selbstmord begeht.

Neue Preiserhöhung!

Für Zellstoff. — Papier soll folgen.

Es scheint allmählich so, als ob die Unternehmer die erwünschten Folgen einer Wirtschaftsbelebung auf alle Fälle vormehmen möchten, wenn auch die Wirtschaftsbelebung ausbleibt. Als ob man eine gute Konjunktur mit Preiserhöhungen hervorlocken könnte! In Wahrheit wird man jede Besserungstendenz von Anfang an ersticken.

Jetzt wollen die Zellstoff-Fabrikanten ihre Preise ab 15. Oktober um 8 bis 10 Proz., d. h. um drei Mark je Doppelzentner erhöhen. Das paßt zu der Behauptung von der Bedrohung des Inlandsmarktes durch die nordischen Produzenten wie die Faust aufs Auge. Der deutsche Zollsatz beträgt zur Zeit 1,50 M. je Doppelzentner. Werden die Preise um 3 M. erhöht, dann wird die Wirkung des Zolls überhaupt aufgehoben. Fast möchte man glauben, die deutschen Zellstoff-Fabriken wollten eine große Einfuhr auf diese Weise künstlich schaffen, um nachher mit um so unerschämteren Forderungen auf Zollerhöhung zu kommen.

Bisher ist nämlich die Entwicklung des deutschen Außenhandels in Zellstoff geradezu überraschend günstig. Die Einfuhr war in den ersten acht Monaten dieses Jahres mit 0,7 Millionen Doppelzentner um mehr als ein Drittel geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres (1,1 Millionen Doppelzentner). Die deutsche Ausfuhr ist aber in der gleichen Zeit um 10 Proz., von 1,8 auf 2,0 Millionen Doppelzentner, gestiegen. Wertmäßig betrug der Ausfuhrüberschuß fast 10 Millionen Mark. Es ist auch keine Rede davon, daß die Länder mit entwerteter Valuta den deutschen Zellstoff verdrängen hätten. Die Einfuhr aus Finnland und Schweden ist gesunken, die Ausfuhr nach Großbritannien gestiegen.

Freilich sind die Preise auf dem Weltmarkt stark gesunken. Wenn aber deutsche Zellstoffunternehmen Verluste ausgewiesen haben, dann wegen ihrer unsinnigen Expansionspolitik (Neuanlagen im Inland — und im Ausland!) und einer leichtfertigen Vorratspolitik (in Holz und Waldbesitz). Daß die Preiserhöhung die Einfuhr begünstigt, ist klar. Glaubt man, daß die deutsche Devisenzwangswirtschaft eine Steigerung der Einfuhr verhindern wird? Fürchtet man denn keine Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Ausfuhr? Oder ist gar ein Dumping geplant, hohe Preise im Inland und niedrige für die Ausfuhr?

Die Papierfabriken haben für die Zeit von Anfang August bis Ende Oktober die Fünftagewoche eingeführt, um die Papiererzeugung zu droffeln. Statt aber mit allen Mitteln eine Hebung des Absatzes durch niedrige Preise zu suchen, betont man das Bestreben, die Preise zu erhöhen; die „in Aussicht stehende starke Erhöhung der Zellstoffpreise“ biete dafür einen weiteren Anlaß! Es ist beinahe schon lächerlich, wie die deutschen Unternehmer die Krise überwinden wollen. Aber der leidtragenden, immer mehr arbeitslos werdenden Arbeiterschaft ist längst nicht mehr zum Lachen zumute.

2 Proz. Dividende der Verkehrs-Kredit-Bank.

Rückgang der Frachttundungen, aber stabiler Reingewinn.

Die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.-G., deren Kapital zu mehr als drei Vierteln im Besitz der Deutschen Reichsbahn ist, weist für das am 30. Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1931/32 den gleichen Reingewinn wie im Vorjahre (0,8 Mill. M.) aus, aus dem auf das auf 8 Mill. M. erhöhte Kapital 7 Proz. (im Vorjahr 9 Proz.) Dividende verteilt werden.

Der Umfang der Frachttundung, die von der Bank für die Reichsbahn durchgeführt wird, ist gegenüber dem Vorjahre um 27 Proz., von 1,4 auf 1,0 Milliarden Mark gesunken. Dieser Rückgang spiegelt den allgemeinen Verkehrsrückgang also sehr getreu wider. Zum erstenmal hat sich auch die Zahl der Stundungskonten ermäßigt, und zwar von 19373 auf 1714. Die Kreditwürdigkeit der einzelnen Konteninhaber ist genau geprüft worden, so daß die Ausfälle gering waren.

Der Rückgang der Einnahmen aus dem Frachttundungsgeschäft wie aus dem Geschäft der Bahnhofswechselstuben wurde ausgeglichen durch erhöhte Zinseinnahmen für das Ausleihen flüssiger Mittel und durch den Rückgang der Unkosten. Die Liquidität (Zahlungsbereitschaft) des Unternehmens ist sehr groß. Bei einer Bilanzsumme von 554 Mill. M. auf einer Seite betragen die Bankguthaben 269 Mill. M., von denen 40 Proz. täglich fällig, der Rest nur auf einen Monat fest angelegt waren.

Einzelheiten zu Reichsbahnaufträgen.

Ueber die Verteilung der von der Reichsbahn im Rahmen ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Vergebung gelangenden Aufträge von etwa 180 Millionen Mark wird mitgeteilt: Es werden 1800 Kilometer Bahnanlagen erneuert. Es sind ausgeworfen für Unternehmerleistungen beim Oberbau 26 Millionen Mark, für Erhaltung und Erneuerung der baulichen Anlagen (Gebäude, Brücken usw.) 25 Millionen Mark, für die Erneuerung des Oberbaus mit eigenen Arbeitern der Reichsbahn 12,2 Millionen Mark, für Beschaffung von Material für den Oberbau 33 Millionen Mark zusätzlich, für andere eiserne Stoffe (Aufträge, die in erster Linie der Reineisenindustrie und ähnlichen Zweigen zugute kommen) 3 Millionen Mark, für Holzschwellen 3,5 Millionen Mark, für Bettung (Steinschlag) 8,3 Millionen Mark, für ein Sonderprogramm von Fahrzeugverbesserungen (Rupelungen und dergl.) 5 Millionen Mark, für Erneuerungen der Fahrzeuge 25 Millionen Mark, davon 20 Millionen Mark für Waggonen

und 5 Millionen Mark für Lokomotiven, für die Erhaltung und Erneuerung maschineller Anlagen 4 Millionen Mark. Neben diesen Ausgaben für Erneuerung und Erhaltung der Anlagen ist noch ein Neubauprogramm (Neuanlagen, Anschlußgleise, Gebäude, Brücken usw.) von insgesamt 35 Millionen Mark in Aussicht genommen.

Die Hausreparaturen.

Ausführungsbefimmungen zum 50-Millionen-Gescheft für den Hausbesitz.

Dem Hausbesitz wurden durch die Wapen-Verordnung Steuergutscheine in Höhe von 40 Proz. der Grundsteuer zur Verfügung gestellt. Sie sollen in erster Reihe dazu dienen, die finanziellen Voraussetzungen für eine Ausführung von Instandsetzungs- und Umbauarbeiten in größerem Umfang zu schaffen. Darüber hinaus sind 50 Millionen für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen „bereitgestellt“ worden.

Der Reichsarbeitsminister hat jetzt im „Deutschen Reichsanzeiger“ die näheren Bestimmungen über die Vergebung der Mittel veröffentlicht. Der Zuschuß wird für größere Instandsetzungsarbeiten gewährt. Die Kosten müssen mindestens 250 M. betragen. Der Zuschuß beträgt ein Fünftel der Kosten. Eine Rückzahlung wird nicht gefordert.

Bei der Teilung von Wohnungen und dem Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen wird die Hälfte der Kosten als Zuschuß gewährt; im Höchstfalle 600 M. für jede Teilwohnung.

Die Arbeiten dürfen erst nach dem 25. September 1932 begonnen sein. Der Antrag auf Bewilligung des Zuschusses muß vor Beginn der Arbeiten gestellt werden. Auf Grund des Antrages wird zunächst ein Vorbescheid erteilt. Erst hierdurch entsteht ein Anspruch auf den Zuschuß. Die endgültige Höhe der Kosten ist nachzuweisen, insbesondere durch Rechnungen. Arbeiten, die in Schwarzarbeit ausgeführt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden. Die Stellen, an welche die Anträge auf Bewilligung eines Zuschusses zu richten sind, werden von den obersten Landesbehörden bestimmt. In Preußen werden es voraussichtlich die Gemeinden sein.

Wichtig sind die Begriffe „größere Instandsetzungsarbeiten“ und „Teilwohnung“. Als größere Instandsetzungsarbeiten gelten:

Erneuerung der Dachrinnen und Abflusrohre, Umdecken des Daches, Abputz oder Anstrich des Hauses im Inneren, Neuanstrich des Treppenhauses, Erneuerung der Heizanlagen, Beseitigung von Hausschwamm und ähnliche außerordentliche, einen größeren Kostenaufwand erfordernde Instandsetzungsarbeiten.

Für die Teilwohnung sagt die Verordnung: Jede Teilwohnung muß für sich abgeschlossen sein. Als abgeschlossen gilt eine Wohnung, wenn sie eine eigene Küche, die erforderlichen Nebenräume und, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist, einen eigenen Zugang hat.

Die Bestimmungen müssen die kleinen Hausbesitzer enttäuschen.

Es gibt in Deutschland viele Hausbesitzer, die sich mit dem Ertrag ihrer Arbeit ein Häuschen errichtet haben. Vieles sind sie während der Krise durch Arbeitslosigkeit usw. in schwere Not geraten. Hilfe ist für diese Existenzen, die keineswegs Hauspatkas sind, dringend notwendig. Sie müssen es nun erleben, daß sie in der Durchführungsbestimmung des Reichsarbeitsministeriums gegenüber den großen Hausbesitzern zurückgesetzt werden. Einmal unterscheiden die Durchführungsbestimmungen zwischen Hausreparaturen und Wohnungsteilungen. Für die Hausreparaturen vergütet das Reich aus dem Ertrag des Grundsteuernachlasses in Höhe von 40 Proz. und aus einem verlorenen Zuschuß von 50 Millionen Mark nur 20 Proz. Bei den Wohnungsteilungen, „für die nur große Hausbesitzer in Frage kommen, werden aber 50 Proz. vergütet. Hier liegt eine traffe Benachteiligung der kleinen Hausbesitzer.

Aber auch sonst ist alles getan, um die Kleinen aus der Aktion auszuschalten. Der Zuschuß bei Hausreparaturen wird von einer Reparatursumme in Höhe von 250 Mark pro Objekt abhängig gemacht. Bei 250 Mark Reparaturkosten wird das Reich 50 Mark vergüten. Den Rest hat der Hausbesitzer zu tragen. Durch diese Regelung kommen aber die Kleinen meist nicht in den Genuss des Zuschusses. Sie fallen von selbst aus, weil sie eben die benötigten 50 Proz. nicht aufbringen können.

Um den Heringszoll.

Unzulängliche amtliche Begründungsversuche.

Eine amtliche Begründung zur Erhöhung des Heringszolls, der die Rohung der Allerärmsten verteuert, weist auf den Preisrückgang von 39 auf 27—28 M. gegen das Vorjahr hin. Einmal können auch die Heringe nicht von dem allgemeinen Preisrückgang verschont bleiben. Zum anderen ist der Preisrückgang nicht einer vermehrten Einfuhr zu danken; die Einfuhr ist vielmehr in den ersten acht Monaten dieses Jahres vergleichsweise zurückgegangen. Verteuerung der Heringe kann aber unter heutigen Verhältnissen nur kleineren Absatz bringen. Was am Preis gewonnen wird, geht an den abgesetzten Mengen verloren. Preisenerhöhung durch Zollerhöhung kann auch an den Schwierigkeiten nichts ändern, die der deutsche Heringsoverkauf in England durch Pfundabwertung und Finanzzölle gefunden hat. Es bleibt dabei, daß der erhöhte Heringszoll volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden kann, und daß er eine unfaßbare Härte darstellt.

Belebung in der Baumwollindustrie.

Für August berichten sowohl die Baumwollspinnereien wie die Baumwollwebereien von einer Belebung des Geschäftes und von einer Erhöhung des Auftragsbestandes am Ende des Monats. Ihren Ausgang nahm diese Belebung von der Erhöhung der Preise für Rohbaumwolle an den internationalen Börsen. Die vermehrten Verkäufe scheinen sich aber auf Vorbelebungen der weiterverarbeitenden Stellen zu beschränken, die auf die Gewinne aus den erwarteten Preissteigerungen spekulieren.

Wenn sich die Baumwollindustrie darüber wundert, daß die letzten Abnehmer, die Verbraucher, nicht zu vermehrten Käufen schritten, so möge sie sich belehren lassen, daß bei der geringen Massenkaukraft Preissteigerungen nicht geeignet sind, einen Mehrabsatz herbeizuführen, sondern nur das Gegenteil bewirken können. Tatsächlich ist man mit Preissteigerungen bereits jetzt sehr schnell vorgegangen, um die Verteuerung der Rohbaumwolle auszugleichen. Wenn man aber noch weitere Preissteigerungen ankündigt mit der Begründung, daß die Verdienstsprepan „völlig unzureichend“ seien, so muß das den schärfsten Protest hervorrufen. Einmal weiß niemand, ob nicht die Preissteigerung für die Rohstoffe ganz vorübergehend ist, so daß Preisaufläufe für Fertigfabrikate vorläufig ganz unangebracht sind; und zweitens können die breiten Massen ihren Verbrauch an Textilien bei einer Verteuerung mengenmäßig nur einschränken, aber nicht ausdehnen.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

21)

„Na, nun komm her, mein kleines Unglückswurm.“ Er hebt sie vom Koffer herunter, setzt sie sich auf den Schoß — „bis mein linkes Bein wieder einschläft, kannst du so sitzen bleiben. — ... so ist's richtig! hält mir da neulich einen Vortrag: wer gesund ist und keinen Hunger hat, hat einfach kein Recht, unglücklich zu sein — und heute mir jetzt die Revers weich und wabblig.“

„Ist wahr, Martin.“ Gilgi hebt das Gesicht. Bucht stolz und froh, daß er sogar ihre bescheidenen Ansprüche behält. „Also — siehst du ... und ... dann ...“ es wird ein langer und annähernd klarer Bericht. „Und was mich so bedrückt, ist eben, daß sie anständig und gut zu mir waren, aus purem, gemeinem Egoismus wünscht ich schon, ich könnt' auch mal was ganz Besonderes für sie tun. Ich hab' sie auch gern, aber es gibt eben keinen Weg zueinander. Offen und ehrlich kann ich mit ihnen nicht sein, und immer lügen, das ist mir zuwider. Wenn sie zweifeln, ist's peinlich, und wenn sie mir treuherzig glauben, noch peinlicher.“ Ach wo, traurig ist sie nicht mehr, sie ist hier bei Martin, also da, wo sie hingehört. Sie hat sich benommen wie eine kleine Biedermeiergans, versteht's selbst nicht. Es gibt doch da fowas wie Vererbungslehre, nur damit kann man sich den sentimentalen Anfall erklären. Die Kron's werden einsehen, daß Kinder früher oder später immer ihre eigenen Wege gehen und sich damit abfinden. Leiden werden sie nicht, Herr Kron schon gar nicht. Der leidet nur, wenn kein Rosenmontagszug ist oder eine Büttenspreche nicht geklappt hat, oder wenn's Geschäft schlecht geht. Frau Kron's Weibensfähigkeit ist ebenfalls begrenzt. Und eines Tages werden sie nicht mehr böse sein, man wird sie dann öfters besuchen — und sie hat Martin, hat ihre Arbeit, morgen wird sie pünktlicher denn je auf dem Büro sein — es wird alles gut, ist überhaupt schon alles gut. Gilgi rutscht von Martins Knien herunter. „Willst jetzt nur schnell meiner Mutter einen Brief schreiben —“

„Der in St. Moritz?“
„Rein doch, der anderen.“
„Ich finde deine Familienverhältnisse etwas kompliziert.“

„Liebe Mutter!“ schreibt Gilgi — „sei nicht traurig. Ich wohne von jetzt an nicht mehr bei Euch, will Euch durch meine Art zu leben keinen Aerger mehr machen. Du brauchst keine Sorgen um mich zu haben, ich arbeite und weiß, wie ich mich durchbringe. Ich bin sehr traurig, daß ich Euch undankbar scheine muß und eigentlich auch bin. Aber wenn Du mich mal brauchst — ich werde immer alles für Dich tun. Versuche jetzt nicht erst, mich aufzufinden. Wiederkommen für immer will ich nicht. Das ist für Euch und für mich besser so. Ich werde von Zeit zu Zeit bei Dir anrufen, und wenn Du mich dann nicht sprechen willst, kannst Du ja einfach anhängen. Aber wann Du nur willst — komm ich mit Dir zusammen. Sei mir nicht böse. Wenn's geht. Deine Gilgi.“

Wenn Du bis zum großen Osterhauspug wieder gut bist und Vater nichts dagegen hat, komm' ich dann für vier Tage und helfe Dir.“

„Moment, Martin, bin gleich wieder da.“ Sie stopft den Brief in die Tasche. Kennt auf die Straße. Kauft ein halbes Pfund Mandelsplitter — Frau Kron's Lieblingskonfekt — und eine vernidelte Kaffeekanne — die alte Porzellananne hat gestern einen Sprung bekommen. Sie läßt im Geschäft Kanne und Konfekt zusammenpacken, den Brief obenauf legen: ja, der Bote wird's im Laufe des Vormittags hinbringen.

Erleichtert und befriedigt ist sie eine Viertelstunde später wieder bei Martin. „Wenn ich was zu erledigen habe, muß ich's immer gleich tun. Ausschließen macht mich krank. — So — und jetzt wollen wir auspacken —“

Martin hat nachdenkliche Augen. „Gilgi“, sagt er und legt ihr die Hände auf die Schultern. Sie sieht so unheimlich jung aus, die Kleine, und im Gegenlicht zur sonstigen überbetonten Selbständigkeit beinahe hilflos. Wie kann seine unsichere Existenz ihr jetzt die Sicherheit des Elternhauses ersetzen? „Gilgi, ich freue mich, wenn ich dich bei mir habe, aber — hast du nicht vielleicht eine Dummheit gemacht? Um meinetwillen darf's nicht sein, hörst du? Und wenn du willst, bring' ich die Sache bei dir zur Haus in Ordnung, ich fühle mich ja schließlich verantwortlich für dich.“

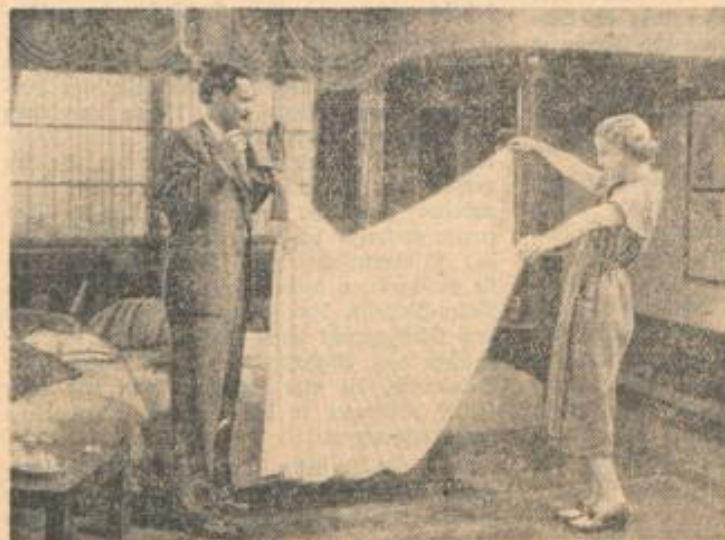
Alles Weiße aus Gilgis Gesicht verschwin-

det, ihre Stimme klingt hart und hell: „Meine Sachen bring' ich allein in Ordnung, und wenn ich Dummheiten mache — dann auf meine eigenen Kosten. — Und eins sag ich dir, Martin —“ beinahe heftig schüttelt sie seine Hände ab — „ich dulde es nicht, daß man sich für mich verantwortlich fühlt, es ist die schlimmste Beleidigung, die man mir antun kann, ich ...“

„Na, reg dich nicht auf, mein kleiner Kanarienvogel.“ Bergnügt trägt Martin ihren Koffer ins Schlafzimmer, freut sich mit seiner ganzen gewohnten Unbekümmtheit, daß er einen netten unterhaltenden Mitbewohner bekommt. Langsam tritt Gilgi hinter ihm her: „Ich bin noch sehr unschlüssig“, meint sie und sucht vergeblich, ihre zu kurze gerade Nase länger zu ziehen, „ich hatte überhaupt nicht vor — ich denke gar nicht dran, hier zu wohnen — schon wegen meiner Selbständigkeit — hab' da mein Zimmer —“

Rücksichtslos in ihre Worte hinein klopft Martin den Kofferdeckel auf: „Sieh mal, das schöne rote Abendkleid! Wie wird sich mein

verkrümeltes, häßliches Mäntelchen freuen, wenn das jetzt künftig neben ihm hängt —“
„Das ist nur ein Unterkleid, Martin — und meine Abendkleider! Werb' mich hüten, die zu deinen Sachen zu hängen. Damit du



Das „Abendkleid“

sie jedesmal vom Bügel reißt, wenn du einen Anzug rausnimmst! — Hier ist noch ein Schrank — da kommen sie rein —“
Nachmittags sitzen sie in der Bibliothek, inmitten der ausgeleerten Büchertisten. Mit liebevollem Eifer fischt Martin immer neue

Bände aus dem Chaos, liest laut ein paar Seiten vor, findet etwas schön, erklärt Gilgi, warum er's schön findet — „und das wirst du lesen — und das — und das — du bist ja gar nicht so einseitig und phantasielarm, Gilgi, wie du dich stellst.“ Er versucht, sie nach der Art der ihr eigenen Logik zu überzeugen: „Was schön ist, macht Freude. Es gibt Dinge, die kann man nicht von heut' auf morgen schön finden, man muß sich erst ein bißchen trainieren. Da der Gewinn Freude ist, lohnt das Training. Gerade die Freuden, die man sich erwirbt, sind am edelsten, unerschöpfbarsten, die gehören einem. Daß einem gar nicht genug Freuden gehören können, siehst du doch ein, nicht wahr?“

Gilgi nickt und ist bereit, Martin blind zu glauben. Ein Buch, das so zärtlich von seinen hübschen schmalen Fingern gehalten wird, muß sicher schön sein.

Sie überlegt: „Weißt du, vielleicht hab' ich immer das Nützliche schön gefunden. — Ich werd' aber schon lernen.“

(Fortsetzung folgt.)

Thea Reimann: Berlettis Esel

Die Nacht war mondhell, als Berletti die Stalltür öffnete, um mit seinem Eselgeschirr ins Dorf zu fahren und die Hebamme zu holen. „Oh, Ronzo! aufstehen!“ rief er dem Esel zu. „Aufstehen! Der Erbe kommt an!“ Aber Ronzo rührte sich nicht. Auch nicht, als er von derben Bauernstiefeln einen unanständigen Tritt bekam.

Da gewahrte Berletti, daß der brave Esel tot war. „Bergstet“, dachte der Bauer und folgte logisch richtig: „Von den Furi.“ Er erinnerte sich des Streites, den er vor einigen Tagen mit den Nachbarn wegen eines von Ronzo entwurzelten Rebstockes gehabt hatte. Zuletzt hatten die Brüder Furi noch böse Drohungen gegen das harmlose Tier ausgesprochen. Gerührt strich Berletti über Ronzos steifes Genick.

Am andern Morgen war der heiß ersehnte Stammhalter da und Berlettis Jörn verraucht. Aber rächen wollte er sich doch! Monatlang hatte sich der Bauer auf die Geburt seines ersten Kindes gefreut, und nun es gar ein Sohn war, sollte das Ereignis mit gebührendem Pomp gefeiert werden. Der unerhoffte Tod Ronzos hatte seine Stimmung doch beträchtlich gedrückt.

So stand Berletti etwas betrübt an der Schwelle seines Hauses, als gerade die Brüder Furi vorüberkamen. Sie begrüßten ihn scheinheilig zum Erben. Berletti gefellte sich ihnen zu und ging ein Stück Weges mit ihnen. Er wollte sehen, ob die Gauner sich verrieten.

„Ja, ja“, fing Berletti an, „der Bub ist gekommen und der arme Ronzo ist gegangen.“
„Was du nicht sagst! Tot ist er? Was hat ihm denn gefehlt?“

„Der Schlag wird ihn getroffen haben. Er war alt.“
Dem Bauer entging es nicht, daß die beiden Brüder sich anblinzelten.

„Es tut mir nur leid um das gute Tier. Sonst ist es ja mein Schaden nicht. Er war hoch verlässlich. Da lauf' ich mir ein junges Tier und mach' noch ein schönes Geschäft dabei.“ Und nach einer Pause fuhr Berletti fort: „Was ich noch sagen wollte: zur Taufe am Sonntag seid ihr natürlich auch eingeladen.“

Die letzten Worte hatte Berlettis Schwiegermutter noch gerade gehört, die mit gefüllten Wassereimern am Traugholz vom Brunnen kam. „Was“, ereiferte sie sich, „diese Lumpen hast du noch großartig eingeladen?“

„Loh' nur, — das ist meine Sache.“
In der Nacht, bei Mondschein, lud Berletti seinen toten Esel auf den Schubkarren und fuhr ihn hinab nach dem Flusse. Und wie eine mächtige Sturzwelle den Kadaver verschlang, rannen dem Bauern diese Tränen über das braune, harte Gesicht. Wieviele Jahre hatte ihm das gute Tier treu gedient, und nun sollte es nicht einmal mehr den jungen Herrn mit seinem melancholischen Gesänge begrüßen.

Am Sonntag wurde die Taufe des Stammhalters der Berletti gewaltig gefeiert. Im Olivenhain, der das Haus umgab, war eine lange Tafel aufgestellt, und Bratenluft mischte sich mit dem würzigen Hauch, der von der Limonieterrasse herüberwehte. Roter Wein floß in die Kehlen und über die Tischtücher, und die Unterhaltung war in Schwung. Berletti ließ gefüllte Schüsseln und Platten heranschleppen: man aß, trank und lachte und ließ sich's wohl geben.
Auch die Furi waren da. Und als man die

ländlich derben Toaste ausbrachte, wurde auch des armen Ronzo gedacht.

„Ja, ja, — er war schon ein guter Kerl“, sagte Berletti und, indem er sich an seine Nachbarn wandte: „Gut, ja — aber für euch vielleicht ein bißchen hart, wie?“ Und seine Augen funkelten. Alles brüllte vor Lachen, obwohl man nicht recht verstanden hatte, was Berletti damit meinte. Aber man merkte: das ging auf die Furi.

„Hat er euch geschmeckt?“ fragte Berletti und lachte höhnisch.

Da brach nun doch eine große Erregung unter den Gästen aus.

„Na, na — beruhigt euch! Es waren nur zwei Beefsteaks und ein Stückl Leber, die der gute Kerl für seine beiden Freunde gelassen hat. Als Dank für einen abgetretenen Rebstock, als Schadenersatz.“

Die gute Laune war sogleich wiederhergestellt: man hielt Berlettis Worte für einen Witz. Nur die Furi waren bleich geworden. Sie erkannten auf einmal: das Fleisch hatte deutlich nach Kupfervitriol geschmeckt, und es wurde ihnen übel. Bei der ersten besten Gelegenheit gingen

sie heim und schwuren sich, daß das noch nicht das Ende wäre.

Dierzehn Tage später begab sich Berletti in die Kreisstadt, um die Versicherungssumme abzuholen. Da kam er aber schön an! Der Beamte schrie: „Wie? Sie haben noch die Unerschämtheit, zu behaupten, Ihr Esel sei gestorben? — Geschlachtet haben Sie ihn! Jamohl! Zur Taufe Ihres Kindes! Jamohl! Das ist Betrug!“ und krachend klag der Schalter zu.

Berletti stand wie betäubt. Es dauerte eine geraume Weile, bis er kapiert hatte. Diese Lumpen! Ganz geknickt und überwältigt von so viel Gemeinheit, versuchte er nicht einmal, sich zu verteidigen.

Spät in der Nacht kehrte er heim. Er ging an Ronzos leeren Stall vorbei und schlich ins Haus, in die Kammer, wo Weib und Kind schliefen. Und als er leise die kleinen rofigen Häufchen seines Sproßlings in seine starke, harte Bauernfaust nahm und sie vorsichtig drückte, war ihm, als Känge draußen, hinten am Walde, wo der Fluß ist, der melancholische Gesang eines Esels.

Dr. H. Schreiber:

Das Ende der Atlantisfrage

Atlantis, das sagenhafte Land, das zwischen Südamerika und Afrika, etwa in der Höhe der Kanarischen Inseln gelegen haben soll, dessen Bewohner und dessen Kultur — angeblich in den Fluten versunken — seit Platons utopischer Schilderung Gegenstand unzähliger dichterischer Darstellungen und wissenschaftlicher Theorien gewesen ist, dieses Atlantis muß nach den neuesten Feststellungen der Wissenschaft endgültig in das Reich der Fabel verwiesen werden. Vor kurzem hat der hervorragende Geologe Professor Salomon-Calvi in der Heidelberger Akademie der Wissenschaften in einem Vortrag sich mit dem Problem der Bewegung der Festländer auseinandergesetzt:

In der Steinzeitperiode müssen in Südamerika, Südafrika und Australien, ebenso wie in Vorderindien gewaltige Inlandeis Massen vorhanden gewesen sein, wie wir sie jetzt nur im Südpolargebiet und in Grönland kennen. Die Spuren dieser Vergleiserung sind ganz klar und eindeutig. Erst vor wenigen Wochen konnte die deutsche Antarktis-Expedition in Peru weitere Vergleiserungsspuren finden. Nun kann man unmöglich annehmen, daß irgendwann einmal in der Erdgeschichte die Eistappen des Südpols oder des Nordpols bis an den Äquator gereicht hätten. Die Geologen stellen deshalb die Theorie auf, gewaltige Brückenkontinente hätten die vier großen Festländer Amerika, Afrika, Australien und Asien verbunden, und der Südpol habe damals im Indischen Ozean nahe Südafrika gelegen. Das war die wissenschaftliche Grundlage der alten Atlantistheorie. Es wurden auf diese Weise die auffälligen Ähnlichkeiten der Tier- und Pflanzenwelt Brasiliens, Australiens und Südafrikas erklärt.

Ein unlösbarer Widerspruch ergab sich aber aus der Notwendigkeit, den Nordpol in das Gebiet der nordamerikanischen Kohlenlager zu verlegen. Die Pflanzen dieser Lager heuten nämlich auf ein gleichmäßig warmes Klima hin. Also

stand diese Theorie auf sehr tönernen Füßen. In diese verworrene Lage griff vor ungefähr zwanzig Jahren der in Grönland verstorbene Alfred Wegener mit seiner berühmten Theorie der Verschiebung der Kontinente ein, die unsere bisherigen Anschauungen von der Oberfläche der Erde völlig revolutionierte. Schon vor ihm war festgestellt worden, daß die Festländer aus ihrem Untergrundemporsteigen oder untertauchen können. Es mußte also unter den Festländern eine Masse vorhanden sein, die, wenn auch äußerst langsam, solche Bewegungen der Festlandhöhen gestattet und Wegener zog den genialen Schluß, daß neben der schon bewiesenen vertikalen Bewegung auch eine horizontale möglich sein müsse, und daß die Kontinente auf ihrem Untergrund treiben, wie Eisberge im Ozean.

Das Problem der Vereisung in der Nähe des jetzigen Äquators erklärt Wegener in ebenso eleganter wie einleuchtender Weise daraus, daß die Südkontinente ursprünglich mit Vorderindien zusammengehörten und einen einzigen großen Kontinent gebildet hätten. Auf diesem lag der Südpol und der Nordpol fiel in den Stillen Ozean. Später seien dann die einzelnen Teile dieses Südkontinents langsam auseinandergetrieben und aus diesem ursprünglichen Zusammenhang erklären sich die auffälligen Uebereinstimmungen zwischen Tier- und Pflanzenwelt der südlichen Festländer.

Gegen die Annahme eines Brückenkontinents spricht übrigens auch die Gestalt des riesigen Unterwassergebirges, das den Namen Atlantische Schwelle führt und das sich in einem Zug von Island bis zum Südpolarcontinent hinzieht. Dieses Gebirge, das nach den Feststellungen der deutschen Meteorologie-Expedition vulkanischen Charakter hat, wird gerade durch die Verschiebungstheorie Wegeners besonders gut erklärt.

Eine entscheidende Wendung erfährt durch die Wegener'sche Theorie übrigens auch der Dar-

stellung von Professor Saloman-Catol die bisherige Anschauung von der Entstehung der Gebirge. Fast ein Jahrhundert lang wurde die Entstehung der Faltengebirge aus der Schrumpfung der Erdkruste erklärt. Die Erde hat ihre Kruste, so nahm man an, wie ein schrumpfender Winterapfel bekommen. Schon der merkwürdige Verlauf der großen Faltengebirge, die in Amerika von Norden nach Süden und in Europa und Asien von Osten nach Westen verlaufen, spricht gegen die Theorie. Außerdem zeigen uraltzeitliche Befunde, daß die Erde mindestens eine Milliarde Jahre lang an ihrer Oberfläche gleich warm geblieben ist. Ferner ist erwiesen, daß die Perioden der Faltengebirgsbildung in der jüngeren Zeit der Erdgeschichte, während die Kruste immer dicker und dicker wurde, häufiger geworden sind, anstatt seltener.

Die Kontinentalverschiebungstheorie gibt auch hier eine sehr eindrucksvolle Erklärung. Wenn nämlich zwei Kontinente gegeneinander treiben, so pressen sie an ihren Rändern die Abfälle des zwischen ihnen liegenden Meeres in die Höhe. So ist einmal vor Millionen Jahren Vorderindien, das ursprünglich zum Südtorinent gehörte, gegen Asien getrieben und hat das gewaltigste Faltengebirge der Welt, den Himalaja, erzeugt. So trieb auch Afrika gegen Europa und faltete die Alpen auf, und die geologische Grenze gegen Afrika liegt, wie Saloman-Catol erklärt, bei Locarno und am Tonalepaß.

Es gibt zwar noch immer ungeklärte Probleme im Zusammenhang mit der Kontinentalverschiebungstheorie; zweifellos aber müssen die alten Anschauungen, vor allem die Atlantisage, für immer begraben werden. Es gibt keinen versunkenen Erdteil, aber vielleicht haben diejenigen recht, die das verschollene Kulturland irgendwo in Nordafrika suchen.

Das Neutron

Ein neuer Baustein der Materie

Nachdem man erkannt hatte, daß das scheinbar unteilbare Atom doch aus anderen Bausteinen aufgebaut sei, hatte man sich folgendes Bild vom Bau der Atome gemacht: Wie in einem Planetensystem wird ein positiv geladener Kern von vielen Elektronen, den Elementen der negativen Elektrizität, umkreist. Der positive Kern jedes Atoms besteht wieder aus einer Anhäufung von Protonen, den Kernen des Wasserstoffs, und Elektronen in verschiedener Zahl. Von der Kleinheit dieser Körperchen mag folgendes Bild eine Vorstellung geben. Legt man Atome geradlinig nebeneinander, dann kommen auf einen Zentimeter 50 Millionen Atome. Aber ein Elektron verhält sich dem Atom gegenüber wie ein Stenodelkopf gegenüber einem Haus. Und die Elektronen umkreisen die Kerne in einem Abstand, der das Millionenfache ihres Durchmessers beträgt; sie verschwinden beinahe im leeren Raum dieses Nitro-Bleis. Nun gelang es schon vielfach, aus dem Gleichgewicht dieses Systems durch das Beschießen mit Alphastrahlen des Radiums oder Poloniums, die eine Geschwindigkeit von etwa 16 000 Kilometer in der Sekunde haben, Teile herauszusprennen.

Bei diesen Versuchen stieß man bald auf eigenartige Vorgänge. 1930 fand Prof. Bothe in Gießen, daß das Element Beryllium bei diesem Bombardement eine eigenartige Strahlung emittiert, von der er annahm, daß sie ein Kettwellenstrahl sei mit einer Wellenlänge zwischen der von Röntgen- und der kosmischen Höhenstrahlung, von außerordentlicher Härte, also Durchdringungskraft. Diese Strahlen wurden 1931 genauer von dem Physiker Joliot und seiner Frau, der Tochter von Frau Curie, untersucht.

Dann beschäftigte sich Professor J. Chadwick in Cambridge mit der Berylliumstrahlung und beobachtete, daß auch aus anderen Substanzen wie Helium, Lithium, Kohlenstoff, Luft, Argon, selbst Beryllium, Bausteine herausgedrungen werden. Man kam nun zur Erkenntnis, daß dieser Berylliumstrahl entgegen der ursprünglichen Ansicht nicht aus Kettwellen, sondern aus festen Teilchen von der Masse eines Protons besteht. Doch konnte der Strahl durch elektrische und magnetische Felder nicht abgelenkt werden, war also elektrisch neutral. Dies erklärt man so, daß jedes Teilchen des Strahles aus einem Proton und einem Elektron besteht. Die Masse des Elektrons ist neben der des Protons verschwindend klein, ihre elektrische Ladung hebt sich aber auf, sie sind nach außen hin neutral, daher die neue Bezeichnung Neutron. Im Gegensatz zur Kleinheit der Atome liegen aber Proton und Elektron dort sehr dicht beisammen.

Man kann sich die Abgabe des Neutrons aus dem Berylliumatom so vorstellen: Es besteht sein Kern aus acht Protonen, vier Elektronen und einem Neutron. Schießt man dazu ein Alpha-Teilchen, das aus vier Protonen und zwei Elektronen besteht, dann vereinigen sich die Bestandteile zu einem neuen, dem Kohlenstoffkern, bestehend aus zwölf Protonen und sechs Elektronen, aber ein Neutron wird frei, und ihre Gesamtheit bildet den genannten Strahl. Man kann sich aber auch die Existenz von Neutronen von der mehrfachen Masse vorstellen. Sie können vielleicht eine große Rolle bei der Entwicklungsgeschichte der Materie spielen. Gibt es doch weitgehende Sterne von sehr hoher Temperatur, die tausende Male dichter sind als Wasser, also von einer auf unserer Erde ganz unbekanntem Dichte. Da die Neutronen so dicht „gepackt“ sind, die Bausteine in ihnen so eng beisammenstehen, könnte man sie als die Ursache der großen Dichte dieser Sterne ansehen.

Der Autor

Von Peter Omm

Frau Kirneisen legte Wert darauf, daß man sie zur besten Gesellschaft zählte. Ihr Gatte, Wittebeger, vieler ausländischer Unternehmungen, gehörte zu den ganz seltenen Menschen, die tatsächlich noch Geld haben und verdienen. Kirneisen führte ein großes Haus, und Frau Kirneisen pflegte alles einzuladen, was reich, berühmt oder auf irgendeine Art außergewöhnlich war. Weltrekordschwimmer, Diplomlegierungsträger, Filmstars, Pariser Schneiderkönige, Langweiger von Weltruf, Dichter mit irrigen Auflagen gehörten zu ihren Gästen. Und sie hatte einige Vertraute, die insgeheim „Schlepperdienste“ für sie tun mußten, d. h. sie hatten die Aufgabe, festzustellen, wer wieder einen Rekord geschlagen, wer zur Zeit „in Mode“ war — und diese Leute mußten um jeden Preis dazu bewegen werden, eine Einladung bei Kirneisen anzunehmen. Wittebeger erlaubte sich diese „Schlepper“ keine Scherze, sie luden irgendein unscheinbares Männchen ein, von dem sie fälschlich behaupteten, er besäße die größte Privatbibliothek, oder sie brachten eine junge Dame an, die angeblich dreimal Scheitert gewesen sei.

Frau Kirneisen's Bildung war nicht sonderlich tief und sie glaubte leicht und gern, wenn man es ihr nur mit der nötigen Sicherheit und Überzeugungstreue beibrachte. Kürzlich erzählte ihr einer ihrer Freunde, er habe den Mann kennengelernt, der weitum fruchtbarer sei als irgendein lebender Schriftsteller, der noch dazu den Ruhm genieße, dreißig Jahre lang den größten Wirt niedergeschrieben zu haben, den man sich vorstellen könne. Der Mann wurde natürlich sofort eingeladen. Und kam. Und stellte sich vor — er war deutscher Reichstagsdiplomgraph.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Post 2 Treppen rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Donnerstag, 22. September.

13. Kreis. Die Kreis-Lernschaft Groß-Berlin veranstaltet heute um 20 Uhr ein Frauen-Verkehrstreffen in der Schule am Warschauer Platz. Die Genossinnen werden gebeten, die Veranstaltung zu besuchen.

14. Kreis. Freitag, 23. September. Quartalsrechnung der Bezirksführung in der Wohnung des Referenten. Beginn 19 1/2 Uhr. Referent: Dienstag, 27. September.

Freitag, 23. September.

2. Kreis. Kreispartei. 20 1/2 Uhr. Kreisparteiabend mit dem ersten Abteilungsleiter und Helfern bei Schmidt, Wilmersdorf 17. Die Abteilungsleiter werden gebeten, die Hilfe bei der Vorbereitung der Parteifunktion zu leisten.

4. Kreis. Sitzung des ersten Kreisparteiabends mit dem Abteilungsleiter. Freitag, 23. September, 20 1/2 Uhr. Kreisparteiabend im Sozialistischen Kulturhaus.

14. Kreis. Kreispartei. 20 1/2 Uhr. Kreisparteiabend im Sozialistischen Kulturhaus.

15. Kreis. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, an der Einblendung des Genossen Paul Spitzlermann (129. Wkt.) Freitag, 17 Uhr, im Arbeiterklub teilzunehmen.

7. Kreis. Die Mitglieder treffen sich Freitag um 18 Uhr in ihren Wohnbezirken.

11. Wkt. Jubiläum bei Niederholz, Embowitzer Str. 22. Referent: Genosse G. Marx.

66. Wkt. Abrechnungen der Bezirksführung. Kreisparteiabend mit dem Abteilungsleiter.

67. Wkt. Große Funktionärsversammlung im Sozialistischen Kulturhaus, Berliner Str. 106. Referent: Genosse Ollenhauer. Thema: „Arbeitspflicht“, Gruppenleiter, Betriebsfunktionäre und Kreisparteiabend sind hierzu eingeladen.

90. Wkt. Funktionärsversammlung.

92. Wkt. Abteilungsleiter, Bezirksreferent, Bezirksführer: Sitzung bei Wolf, Rastatter-Str. 173.

126. Wkt. Die Kreisparteiabendversammlung 1931 aus. Dafür Freitag, 20 Uhr, bei Rebus, Rebusstr. 9. Kreisparteiabend. In dieser Sitzung nehmen die Parteifunktionäre, Bezirksführer und die gewerkschaftlichen Betriebsräte der SPD teil. In der Hilfe einer Ausweitung des Parteifunktionärs sind. Ausweise sind vorzubringen.

Frauenveranstaltungen.

7. Kreis. Donnerstag, 22. September. Funktionärsversammlung im Jugendheim.

12. Kreis. Freitag, 23. September. Funktionärsversammlung im Sozialistischen Kulturhaus, Berliner Str. 106.

33. Wkt. Freitag, 23. September. Frauenabend im Hause des Bundes der graphischen Hilfsarbeiter, Wilmersdorf 1. Thema: „Das Wirken des Arbeiter-Samariter-Bundes“. Referent: Genosse Schmöle. Zugleich Besichtigung der Ausstellung.

125. Wkt. Donnerstag, 22. September, um 19 Uhr. Funktionärsversammlung, Poststraße 15.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis. Kreisparteiabend. Freitag, 23. September, findet im Bezirksamt, Bernauer Str. 64, Zimmer 4, um 19 1/2 Uhr eine wichtige Sitzung statt. Alle Helfer müssen erscheinen. Tagesordnung: Winterhilfe und Winterarbeiten.

14. Kreis. Kreisparteiabend. Freitag, 23. September, 19 Uhr, Sitzung im Parteibüro, Rastatter-Str. 106. Tagesordnung: Winterprogramm und Winterhilfe. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Wichtig, Helferwohlfahrt! Die für heute in der Aula des Oberhausens, Berliner Str. 106, angelegte Helferwohlfahrt findet um 19 1/2 Uhr in der Aula der Karl-Marx-Schule, Berlin-Reuthe, Rastatter-Str. 206-210, statt. Beginn 19 1/2 Uhr. Referent: Genosse Kurt Böhmlein.

Wichtig! Der Sternortabend fällt aus. Der neue Termin wird noch bekanntgegeben. Alle Helfer beteiligen sich heute an der Groß-Berliner Helferwohlfahrt. Der Sternortabend tagt Sonntag, 24. September, 10 Uhr, im Sozialistischen Kulturhaus, Berliner Str. 106. Beginn 10 Uhr. Ende 19 Uhr. Volkstheater, Rastatter-Str. 106, an der Ecke 20 W. 1. Erwerbshilfe und Kinder 10 W. Alle Berliner Gruppen sind eingeladen.

Reuthe: Der Sternortabend fällt aus. Der neue Termin wird noch bekanntgegeben. Alle Helfer beteiligen sich heute an der Groß-Berliner Helferwohlfahrt. Der Sternortabend tagt Sonntag, 24. September, 10 Uhr, im Sozialistischen Kulturhaus, Berliner Str. 106. Beginn 10 Uhr. Ende 19 Uhr. Volkstheater, Rastatter-Str. 106, an der Ecke 20 W. 1. Erwerbshilfe und Kinder 10 W. Alle Berliner Gruppen sind eingeladen.

Siedenberg, Wkt. Neu-2: Im Jugendheim, Guntersdorf 44 um 19 1/2 Uhr. Kreisparteiabend. Alle Helfer müssen schon um 18 1/2 Uhr im Heim sein.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

6. Wkt. Unter Genosse Hans Danneberg, Chociner Str. 13, 16 verstorben. Ihm seinem Andenken! Die Einblendung findet am Freitag, 23. September, um 19 Uhr, im Krematorium, Guntersdorf 44. Um tege Beteiligung wird gebeten.

126. Wkt. Am 20. September verstarb nach langer schwerer Krankheit unser 80-jähriger treuer Kamerad Paul Spitzlermann, Wilmersdorf 15, im 80. Lebensjahr. Ihm seinem Andenken! Die Einblendung findet am Freitag, 23. September, um 19 Uhr, im Krematorium, Guntersdorf 44. Um tege Beteiligung wird gebeten.

126. Wkt. Am 19. September verstarb an Herzschlag die Genossin Elwine Schwabitz, Steinbergstr. 14. Ihm ihrem Andenken! Die Einblendung findet am Freitag, 23. September, um 19 Uhr, im Krematorium, Guntersdorf 44. Um tege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Post 2 Treppen rechts.

Abteilungsleiter! Nicht das Oktoberprogramm ein und demnach die Referenten. Kommt, soweit noch nicht geschieden, die Plakatisten zum Sprechtag ab.

Heute, Donnerstag, 20 Uhr.

Wilmersdorf Platz 11: Schönhafer Str. 2, B. 6: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 1. Sonntag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Montag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Montag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Montag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Montag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Montag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Montag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Montag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Montag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Montag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Montag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Montag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Montag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Montag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Montag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Montag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Montag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Montag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Montag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Montag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Montag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Montag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Montag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Montag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Montag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Montag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Montag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Montag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Montag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Montag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Montag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Montag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Montag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Montag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Montag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Montag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Montag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Montag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Montag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Montag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Montag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Montag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Montag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Montag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Montag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Montag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Montag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Montag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Montag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Montag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Montag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Montag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Montag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Montag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Montag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Montag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 17. 17: „Sozialdemokratie“ — Montag, 18. 18: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 19. 19: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 20. 20: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 21. 21: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 22. 22: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 23. 23: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 24. 24: „Sozialdemokratie“ — Montag, 25. 25: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 26. 26: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 27. 27: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 28. 28: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 29. 29: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 30. 30: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 31. 31: „Sozialdemokratie“ — Montag, 1. 1: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 2. 2: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 3. 3: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 4. 4: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 5. 5: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 6. 6: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 7. 7: „Sozialdemokratie“ — Montag, 8. 8: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 9. 9: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch, 10. 10: „Sozialdemokratie“ — Donnerstag, 11. 11: „Sozialdemokratie“ — Freitag, 12. 12: „Sozialdemokratie“ — Samstag, 13. 13: „Sozialdemokratie“ — Sonntag, 14. 14: „Sozialdemokratie“ — Montag, 15. 15: „Sozialdemokratie“ — Dienstag, 16. 16: „Sozialdemokratie“ — Mittwoch,